

ANTRÄGEZUR ORDENTLICHEN BUNDESKONFERENZ

DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DER LESBEN UND SCHWULEN IN DER SPD

VOM 15. BIS 16. OKTOBER 2016 IN SCHWERIN

Mitglieder der Antragskommission

Vorsitzende: Petra Nowacki Schwuso-Bundesvorstand

Weitere Mitglieder:

Daniel Alff Bundesvorstand
Jann Chounard Baden-Württemberg
Marcel Dörrer Sachsen-Anhalt

Marcel Dörrer Sachsen-An Johannes Frass Hessen-Süd Hannes Felix Grosch Bremen Daniel Jazdzewski Bayern Stefan Kirmse Berlin

Marcel Klose Brandenburg
Andrea Kracht Bundesvorstand

Maximilian Müller Thüringen Jens Neubauer Sachsen

Jan Polzer Nordrhein-Westfalen

Florian Schneider Hessen-Nord

Die Antragskommission tagte am 15. September 2016 in einer Webkonferenz zu den Anträgen für die Schwuso-Bundeskonferenz 2016.

Anträge zur Schwuso-Bundeskonferenz

15./16. Oktober 2016 in Schwerin Fassung mit Empfehlungen der Antragskommission

Inhalt

N	2	m	Δ	n	c	М	h	2	•	םל

Antrag Nr. 1	5
Strukturierte Namensdebatte	5
Antrag Nr. 2	8
Ablehnung des Namensbegriffs "Queersozis"	8
Antrag Nr. 3	11
Neuer Name unserer Arbeitsgemeinschaft	11
Antrag Nr. 4	
(aus BUKO 2014, erneut gestellt)	17
Umbenennung Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos).	17
Antrag Nr. 5	19
Namensänderung	19
Antrag Nr. 6	21
Arbeitsgemeinschaft vielfältiger geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen in de	er SPD
(RegenbogenSPD)	21
Antrag Nr. 7	22
Breite Basis für unseren neuen Namen	22
Themen	
Antrag Nr. 8	24
Aufwertung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld	24
Antrag Nr. 9	26
Einführung der HIV Präexpositionsprophylaxe (PrEP) in Deutschland	26
Antrag Nr. 10	29
Regenbogenpflege fördern und Sensibilität schaffen	29
Antrag Nr. 11	30
Trans* in der SPD	30
Antrag Nr. 12	35
Akzeptanz und Sichtbarkeit für Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle	35
Antrag Nr. 13	40
Sensibilisierung gegen Diskriminierung aufgrund sexueller und geschlechtlicher	
Orientierung	40

Antrag Nr. 14	42
Erstellung eines Diskriminierungsbuches	42
Antrag Nr. 15	44
Keine Ausweitung von sicheren "Herkunftsstaaten" – Maghreb Staaten sind für	
LSBTTIQ*-Personen alles andere als sicher!	44
Antrag Nr. 16	46
Sichere Herkunftsländer	46
Antrag Nr. 17	47
LGBTI-Flüchtlinge besser schützen und finanzielle Rahmen-bedingungen hierzu stär	
Antrag Nr. 18	
Antrag zum § 46 StGB	
Antrag Nr. 19	
Endlich Aktionspläne gegen Trans- und Homophobie und für Vielfalt und Akzeptan	
Saarland beschließen	
Antrag Nr. 20	
Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus	
Antrag Nr. 21	
Diskriminierung von lesbischen Paaren bei der Kinderwunschbehandlung beenden	
Antrag Nr. 22	
Gemeinsame Positionierung mit der ASF zum Thema Reproduktionsmedizin	
Antrag (Resolution) Nr. 23	
Eckpunkte für die Rechtspolitik zur Regenbogenfamilie	
Organisationspolitik	
Antrag Nr. 24	
Kein Koalitionsvertrag ohne Öffnung der Ehe	
Antrag Nr. 25	
Kein Koalitionsvertrag ohne die Öffnung der Ehe	
Antrag Nr. 26	
Keine halben Sachen mehr 100% - Gleichstellung jetzt Wahlverspreche einhalten!	
Antrag Nr. 27	
Stiftung eines Preises für besondere Verdienste	
Antrag Nr. 28	
Würdigung der historischen Arbeit der Schwusos	
Antrag Nr. 29	
Rahmenbedingungen CSD-Beteiligungen verbessern und gleichstellen	
Antrag Nr. 30	

Antrag Nr. 31	•••••
Neugestaltung der Beitrittsformulare	
Antrag Nr. 32	
Ehrenvorsitz Ansgar Dittmar	
Antrag Nr. 33	•••••
Bundeskonferenz 2018 in Nordrhein-Westfalen	
Antrag Nr. 34	

2

3 Strukturierte Namensdebatte

4 Schwuso-Bundesvorstand 5

6 Kombinierter Antrag zur Geschäftsordnung7 und Namensänderung

8

9 1. Die BuKo wird in nur einem Wahlgang 10 über die Namensvorschläge "SPDqueer - Ar-11 beitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz 12 und Gleichstellung" und "Arbeitsge-13 meinschaft der Lesben, Schwulen, Bi-, Trans*, 14 Intersexuellen und Queeren in der SPD (Re-15 genbogenSPD)" abstimmen.

16 17

18 2. Die AG Schwusos wird für sich den Begriff19 "queer" definieren.

20

3. Die BuKo der AG Schwusos wird nach der
 Abstimmung entsprechend Nr. 1 darüber
 abstimmen, den SPD-Parteivorstand zur
 Namensänderung aufzufordern.

25

26 4. Die weiteren Anträge zur Namens-27 änderung gelten als erledigt.

28

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung der Antragskommission:

Strukturierte Namensdebatte

Schwuso-Bundesvorstand

Kombinierter Antrag zur Geschäftsordnung und Namensänderung

- 1. Die BuKo wird in nur einem Wahlgang über die Namensvorschläge "SPDqueer -Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung" und "Arbeitsgemeinschaft der Lesben, Schwulen, Bi-, Trans*, Intersexuellen und Queeren in der SPD (Regenbogen-SPD)" abstimmen.
- 2. Die AG Schwusos wird für sich den Begriff "queer" definieren und in einer separaten Abstimmung wie folgt beschließen:

Der Begriff "queer" umfasst lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle, transidente, pansexuelle, polyamore, asexuelle und weitere sich der queeren Community zugehörig fühlende Menschen. Ausgeschlossen ist, was gegenwärtig strafrechtliche Relevanz besitzt oder die Grundrechte anderer unzulässig einschränkt.

3. Die BuKo der AG Schwusos wird nach der Abstimmung entsprechend Nr. 1 und Nr. 2 darüber abstimmen, den SPD-Parteivorstand zur Namensänderung und Änderung des Beschlusses über die Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD vom 26.03.2012 in Ziffer I 2 j. aufzufordern.

Die Abstimmung über diese Aufforderung bedarf einer 2/3 Mehrheit auf der Schwuso-Bundeskonferenz. Der Text soll wie folgt lauten:

- j) SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung / Arbeitsgemeinschaft der Lesben, Schwulen, Bi-, Trans*, Intersexuellen und Queeren in der SPD (Regenbogen-SPD)

Der SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung /Arbeitsgemeinschaft der Lesben, Schwulen, Bi-, Trans*, Intersexuellen und Queeren in der SPD (Regenbogen-SPD) gehören alle Mitglieder an, die sich aktiv für die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intersexuellen, transidenten, pansexuellen und asexuellen Menschen einsetzen.

Aufgaben der SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung / Arbeitsgemeinschaft der Lesben, Schwulen, Bi-, Trans*,Intersexuellen und Queeren in der SPD (RegenbogenSPD) sind:

- Dafür zu arbeiten, dass die Akzeptanz zwischen hetero- und nicht heteronormativen Menschen zur gesellschaftlichen Normalität und Selbstverständlichkeit wird.
- Dafür zu arbeiten, dass Vorurteile, Diskreditierungen und Diskriminierungen gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und intersexuellen,

transidenten, pansexuellen, polyamoren und asexuellen Menschen überwunden werden.

- Darauf einzuwirken, dass die Interessen der lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und inter- sexuellen, transidenten, pansexuellen,polyamoren und asexuellen Menschen im Prozess der Willensbildung politisch und personell Rechnung getragen wird.
- Für den Dialog mit gesellschaftlichen Verbänden und der deutschen, europäischen und internationalen Gleichstellungsbewegung zu sorgen.
- Die Repräsentanz der SPD in zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen der queeren Community zu fördern.
- 4. Die weiteren Anträge zur Namensänderung gelten als erledigt

1 Ablehnung des Namensbegriffs

2 "Queersozis"

3 Schwusos Mecklenburg-Vorpommern

5 EmpfängerIn: SPD-Parteivorstand

6

- 7 Der Landesverband der Schwusos Mecklen-
- 8 burg-Vorpommern lehnt den Na-
- 9 mens-begriff "Queersozis" ab.

10

- 11 1. Der Parteivorstand der SPD wird aufgefor-
- 12 dert, die "Arbeitsgemeinschaft Lesben und
- 13 Schwulenin der SPD (Schwusos)" umzube-
- 14 nennen in "SPDqueer Arbeitsgemeinschaft
- 15 der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung".

16

- 17 2. Die AG Schwusos definiert den Begriff
- 18 "queer" für seine Arbeit wie folgt: Der Begriff
- 19 "queer" umfasst lesbische, schwule, bisexu-
- 20 elle, trans- und intersexuelle, transidente,
- 21 pansexuelle und asexuelle Menschen.

22

- 23 3. Die AG Schwusos fordert daher den Par-
- 24 teivorstand auf, den Beschluss über die
- 25 Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit
- 26 der Arbeitsgemeinschaften in der SPD vom
- 27 26.03.2012 in Ziffer I. 2 j. wie folgt zu än-
- 28 dern: SPDqueer Arbeitsgemeinschaft der
- 29 SPD für Akzeptanz und Gleichstellung.

30

- 31 Der SPDqueer Arbeitsgemeinschaft der SPD
- 32 für Akzeptanz und Gleichstellung gehören
- 33 alle Mitglied der an, die sich aktiv für die
- 34 Gleichstellung von lesbischen, schwulen,
- 35 bisexuellen, trans- und intersexuellen, trans-
- 36 identen, pansexuellen und asexuellen Men-
- 37 schen einsetzen.

38

- 39 Aufgaben der SPDqueer Arbeitsgemein-
- 40 schaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstel-
- 41 lung sind:

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Annahme Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission

Dafür zu arbeiten, dass die Akzeptanz
 zwischen hetero- und nicht hetero normativen Menschen zur gesellschaftlichen
 Normalität und Selbstverständlichkeit wird.

5

Dafür zu arbeiten, dass Vorurteile, Diskreditierungen und Diskriminierungen gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen,
trans- und intersexuellen, transidenten,
pansexuellen und asexuellen Menschen
überwunden werden.

12

Darauf einzuwirken, dass die Interessen
 der lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und intersexuellen, transidenten, pansexuel len und asexuellen Menschen im Prozess der
 Willensbildung politisch und personell Rechnung getragen wird.

19

Für den Dialog mit gesellschaftlichen Ver bänden und der deutschen, europäischen
 und internationalen Gleichstellungsbewe gung zu sorgen.

24

Die Repräsentanz der SPD in zivilgesell schaftlichen Interessensvertretungen von
 Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans gender zu fördern.

- 30 Begründung:
- 31 Ein Beschluss der Bundeskonferenz hinsicht-
- 32 lich der Änderung der Richtlinien und Grund-
- 33 sätze der Arbeitsgemeinschaften ist für den
- 34 Parteivorstand nicht bindend. Ein solcher
- 35 Beschluss wird daher nur dann eine Wirkung
- 36 haben können, wenn wir auf dem nächsten
- 37 Parteitag die Mehrheit der Delegierten von
- 38 diesem Beschluss überzeugen können. Dies
- 39 setzt jedoch voraus, dass, wie bei der Grün-
- 40 dung der Arbeitsgemeinschaft, sämtliche
- 41 bzw. sehr viele Schwuso-Landesverbände
- 42 ihren Delegierten diesen Beschluss ans Herz
- 43 legen können. Dies wird jedoch nur dann
- 44 erfolgen, wenn der neue Name von vielen

1 überzeugende Mehrheit auf der Landesver-

2 bänden getragen wird und eine Bundeskon-

3 ferenz erhält. Dafür ist es wichtig, dass der

4 Vorschlag und der Name in den Bundesver-

5 band getragen wird.

6

7 Vor diesem Hintergrund möchten wir 8 Schwusos Mecklenburg-Vorpommern als der 9 ausrichtende Landesverband der Bundeskon-10 ferenz 2016 für einen Namen werben, der 11 inklusiv ist, aber auch unsere Ziele um-12 schreibt und somit den einzelnen AG-13 Mitgliedern den Raum gibt, unabhängig von 14 ihrem Verhältnis zum Begriff queer, sich in

15 der Arbeitsgemeinschaft wieder zu finden

15 der Arbeitsgemeinschaft wieder zu finden.

16

Der Begriff queer ist zum Teil geprägt durch eine radikale Offenheit, die es neuen entstehenden Gruppen ermöglichen soll, inkludiert zu werden. Für die politische Arbeit innerhalb wie außerhalb der SPD ist es daher notwendig, diesen Begriff für uns zum derzeitigen Stand zu definieren. Nach unserem Verständnis umfasst der Begriff queer derzeit lesbische, schwule, bisexuelle, transund intersexuelle, transidente, pansexuelle und asexuelle Menschen. Diese Menschen wollen wir als Arbeitsgemeinschaft vertreten. Dabei werben wir für Toleranz und Vielfalt, so dass diese Begriffe im Namen unserer Arbeitsgemeinschaft unsere Ziele und Tätig-

keiten bildlich darstellen.

33 34

32

35

36 37

38 39

40

41 42

43 44

2 Resolution/Stellungnahme

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Annahme A1 in Fassung der Antragskommission

3 Neuer Name unserer Arbeitsge-

4 meinschaft

5 Schwusos Berlin

6

7 Die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und 8 Schwulen in der Berliner SPD begrüßt aus-9 drücklich den Vorstoß des Landesverbandes 10 der Schwusos Mecklenburg-Vorpommern, 11 der aus unserer Sicht das absolut förde-12 rungswürdige Ziel verfolgt, eine breite 13 Mehrheit für einen neuen Namen der Ar-

14 beitsgemeinschaft zu finden.

15

Wir waren Antragsteller des Antrags O 22 des Bundesparteitages 2015, dem sich der Landesverband der SPD Berlin einstimmig angeschlossen hat und den wir auch bereits sehr frühzeitig (im März 2014) dem Bundesausschuss der Schwusos mit der Bitte um Diskussion zur Kenntnis gegeben haben:

23

Neuer Name für unsere Arbeitsgemeinschaft
Die Bezeichnung der "Schwusos" soll von
"Arbeitsgemeinschaften Lesben und Schwule in der SPD" in "Arbeitsgemeinschaft
queerer Sozialdemokrat_innen (QueerSozis)"
geändert werden.

30

Wir haben einer Nichtbefassung mit diesem
Antrag beim Bundesparteitag 2015 gerne
zugestimmt, damit wir als Arbeitsgemeinschaft die Chance haben, den bei uns laufenden Diskussionsprozess zu einem ordentlichen und zufriedenstellenden Abschluss
zu bringen. Wir geben zu, dass dies länger
dauert als wir ursprünglich dachten. Am Ende ist das jedoch nicht verwunderlich.
Seit vielen Jahren wird in unserer Arbeitsgemeinschaft darüber diskutiert, ob der Na-

me Schwusos unsere inhaltliche Arbeit und unsere Mitglieder hinreichend repräsentiert und unsere Zielgruppen angemessen anspricht. Die Diskussion war stets von Sachargumenten, aber auch von vielen Emotionen begleitet. Nie ist es gelungen, einen adäquaten und mehrheitsfähigen Alternativvorschlag einer entsprechenden Beschlusslage zuzuführen.

10

Gerade in der letzten Zeit ist Inklusion zu einem Leitaspekt des politischen Handelns der SPD insgesamt geworden. Dem kann sich auch die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos) nicht entziehen. Das bedeutet, dass sowohl der Hauptname als auch der Klammerzusatz geändert werden müssen. Daher kann aus unserer Sicht der Begriff Schwusos auch nicht in irgendeiner Art und Weise Gegenstand eines zu suchenden Kompromisses sein.

23

Dies bedeutet nicht, dass der Begriff Schwusos oder die Arbeitsleistung der Arbeitsgemeinschaft seit ihrer Gründung im Jahre
1978 pauschal oder in einzelnen Aspekten
abgewertet werden soll. Das Gegenteil ist
der Fall. Die historische Leistung der "Ära
Schwusos" soll gewürdigt und in einem historischen Projekt herausgestellt werden.
Dazu wollen wir in Kürze - gerne auch in Zusammenarbeit mit anderen - einen entsprechenden Antrag stellen.

35

36 Besonders betonen möchten wir auch, dass 37 die Schwusos in den letzten Jahren unter 38 Führung des derzeitigen Bundesvorsitzen-39 den, Ansgar Dittmar, bedeutende, weg- und 40 richtungsweisende Ergebnisse erzielt hat. 41 Hier möchten wir insbesondere drei Punkte 42 nennen:

43

44 1. Die Arbeitsgemeinschaft hat zu einem 45 einheitlichen Handeln gefunden und sich

1 stark professionalisiert.

- 2 2. Die Arbeitsgemeinschaft hat inhaltlich
- 3 programmatisch erfolgreich nach außen und
- 4 nach innen gewirkt. Dies mündete nicht zu-
- 5 letzt auch in dem für die SPD als Volkspartei
- 6 durchaus beachtlichen Beschluss zur Öff-
- 7 nung der Ehe.

8

- 9 3. Die Arbeitsgemeinschaft bzw. der vorheri-
- 10 ge Arbeitskreis haben sich in der parteiinter-
- 11 nen Arbeit derart gefestigt, dass beim Bun-
- 12 desparteitag am 4. Dezember 2011 der AG
- 13 Status erreicht werden konnte.

14

- 15 Der vorliegende Antrag der Schwusos Meck-
- 16 lenburg-Vorpommern zeigt in die richtige
- 17 Richtung. Dazu im Einzelnen:

18

- 19 1. Der Begriff Schwusos kommt in dem Na-
- 20 mensvorschlag nicht mehr vor. Damit ist
- 21 eine von uns gesetzte rote Linie eingehalten.

22

- 23 2. Der Begriff Sozis kommt in dem Namens-
- 24 vorschlag nicht mehr vor. Die Ablehnung des
- 25 Begriffs Sozis scheint ein regionales Phäno-
- 26 men zu sein. Wir respektieren, dass dieser
- 27 Begriff an vielen Stellen so sehr als Vernied-
- 28 lichung, Verunglimpfung oder Schimpfwort
- 29 empfunden wird, dass er als Bestandteil des
- 30 Namens unserer Arbeitsgemeinschaft, der
- 31 bundesweit einheitlich sein und auch ver-
- 32 wendet werden sollte, nicht akzeptiert wer-
- 33 den kann.

- 35 3. Der Begriff queer kommt nur im Kurzna-
- 36 men, jedoch nicht in dem langen Namen vor.
- 37 Dieses ist aus unserer Sicht nicht nur ein gu-
- 38 ter Kompromissvorschlag, sondern könnte
- 39 letztlich der bessere Vorschlag sein. Denn
- 40 damit ist der Kurzname mitglieder- und ziel-
- 41 gruppenbezogen, während der Langname
- 42 arbeitsinhalts- und verhaltensbezogen ist.
- 43 4. Der Begriff Queer wird in dem Antrag de-
- 44 finiert. Der Charme des Begriffs queer liegt
- 45 eigentlich darin, dass gerade eben nicht be-

1 sonders definiert ist, was dem zuzuordnen 2 ist.

3

4 Wir verstehen jedoch das Bedürfnis einer 5 gewissen Definition. Unter juristischen As-6 pekten kann man eine Definition durch 7 Nennung von Negativaspekten "nicht schön 8 finden". Für uns ist es jedoch wichtig, dass 9 unsere Arbeitsgemeinschaft offen ist und für 10 zukünftige Entwicklungen gewappnet ist. 11 Nicht wieder finden soll sich bei uns ledig-12 lich, was strafrechtliche Relevanz besitzt 13 oder was unangemessen gegen die Grund-14 rechte anderer verstößt. Dazu möchten wir

17

18 Alles Vorstehende vorausgeschickt begrüßen 19 wir nochmals den Vorstoß des Landesver-20 bandes der Schwusos Mecklenburg-21 Vorpommern.

Änderungsantrag

22

23 Die Berliner Schwusos sind bestrebt, an der 24 Findung eines Kompromisses mitzuwirken 25 und damit bereit, von ihrer ursprünglichen 26 Beschlusslage abzuweichen, wenn es ent-27 sprechende Signale aus den anderen Lan-28 desverbänden dazu gibt. Für den Fall, dass 29 der Antrag aus Mecklenburg-Vorpommern 30 bei der Bundeskonferenz zur Abstimmung 31 kommt, stellen wir dazu folgenden Ände-32 rungsantrag:

33

34 Teil II: Änderungsantrag

15 einen entsprechenden

16 stellen (siehe unten).

35

36 Änderungsantrag:

37

38 1. Unter Punkt 2 in Zeile 1 wird das Wort "seine" durch "ihre" ersetzt. 39

40

41 2. Unter Punkt 2 in Zeile 3 wird hinter dem 42 Wort "pansexuelle" eingefügt ", polyamore, 43 asexuelle und weitere sich der queeren 44 Community zugehörig fühlende Menschen.

1 Ausgeschlossen ist, was die Grundrechte 2 anderer unzulässig einschränkt." 3 4 3. Unter Punkt 3 Unterpunkt j) sowie bei den 5 Spiegelstrichen 2 und 3 wird jeweils hinter 6 dem Wort "pansexuellen" eingefügt ", 7 polyamoren, asexuellen und weiteren sich 8 der queeren Community zugehörig fühlen-9 den Menschen". 10 11 4. Unter Punkt 3 wird beim Spiegelstrich 5 12 hinter dem Wort "Transgender" eingefügt 13 "und gegebenenfalls weiteren Interessens-14 verbänden". 15 16 17 C 1.1 Liebe Delegierte, 18 19 nachfolgend ist (nachrichtlich) der Ur-20 sprungsantrag zur Namensänderung der 21 Schwusos Mecklenburg-Vorpommern abge-22 druckt. Die durch den Änderungsantrag C 1 23 vorgesehenen Änderungen sind im Ände-24 rungsmodus ersichtlich: 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40

Antrag zur Namensänderung

Zur Weiterleitung an die Schwuso-Bundeskonferenz

Die Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwulen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Der Landesverband der Schwusos Mecklenburg-Vorpommern lehnt den Namensbegriff
 "Queersozis" ab. -

- Der Parteivorstand der SPD wird aufgefordert, die "Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos)" umzubenennen in "SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung".
- Die AG Schwusos definiert den Begriff "queer" für seine ihre Arbeit wie folgt: Der Begriff
 "queer" umfasst lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle, transidente,
 pansexuelle, polyamore, und asexuelle und weitere sich der queeren Community
 zugehörig fühlende Menschen. Ausgeschlossen ist, was gegenwärtig strafrechtliche
 Relevanz besitzt oder die Grundrechte anderer unzulässig einschränkt.
- Die AG Schwusos fordert daher den Parteivorstand auf, den Beschluss über die Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD vom 26.03.2012 in Ziffer I. 2 j. wie folgt zu ändern:
 - j) SPDqueer Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung. Der SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung gehören alle Mitglieder an, die sich aktiv für die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und inter sexuellen, transidenten, pansexuellen, polyamoren, und asexuellen und weitere sich der queeren Community zugehörig fühlende Menschen einsetzen.

Aufgaben der SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung sind:

- Dafür zu arbeiten, dass die Akzeptanz zwischen hetero- und nicht heteronormativen Menschen zur gesellschaftlichen Normalität und Selbstverständlichkeit wird.
- Dafür zu arbeiten, dass Vorurteile, Diskreditierungen und Diskriminierungen gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intersexuellen, transidenten, pansexuellen, polyamoren, und asexuellen und weiteren sich der gueeren Community zugehörig fühlenden Menschen überwunden werden.
- Darauf einzuwirken, dass die Interessen der lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intersexuellen, transidenten, pansexuellen, polyamoren, und asexuellen und weiteren der queeren Community zugehörigen Menschen im Prozess der Willensbildung politisch und personell Rechnung getragen wird.
- Für den Dialog mit gesellschaftlichen Verbänden und der deutschen, europäischen und internationalen Gleichstellungsbewegung zu sorgen.
- ▼ Die Repräsentanz der SPD in zivilgesellschaftlichen Interessensvertretungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender und gegebenenfalls weiteren Interessensverbänden zu fördern.

Empfehlung der Antragskommission:

2 (aus BUKO 2014, erneut gestellt)

Erledigt durch Annahme A1 in Fassung der Antragskommission

Umbenennung Arbeitsgemein schaft Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos)

6 Schwusos Berlin

7

8 EmpfängerIn(nen): SPD- Bundesparteitag

9

10 Der Name der "Arbeitsgemeinschaft Lesben

- 11 und Schwule in der SPD (Schwusos)" soll in
- 12 "Arbeitsgemeinschaft queerer Sozialdemo-
- 13 krat innen (QueerSozis)" geändert werden.

14

15 Begründung:

- 16 Es ist unstrittig, dass die derzeitige Bezeich-
- 17 nung der "Schwusos" als Arbeitsgemein-
- 18 schaft Lesben und Schwule in der SPD drin-
- 19 gend verändert werden muss, weil sie we-
- 20 sentliche Personengruppen wie bisexuelle,
- 21 trans- und intergeschlechtliche Menschen,
- 22 die sich in unserer AG engagieren und/oder
- 23 deren Anliegen von der AG vertreten wer-
- 24 den, außen vor lässt. Der Vorschlag einiger
- 25 Schwusos-Kreise in Berlin, diese Personen-
- 26 gruppen namentlich in die Bezeichnung auf-
- 27 zunehmen, ist zwar naheliegend, aber un-
- 28 handlich, unübersichtlich und sprengt jeden
- 20 P. C. C

29 Briefkopf.

- 31 Stattdessen schlagen wir vor, den Begriff
- 32 "queer" aufzugreifen. Dieser in der Szene
- 33 und anderen Verbänden und Parteien zu-
- 34 nehmend etablierte Begriff besticht vor al-
- 35 lem durch seinen inklusiven Charakter und
- 36 seine Vielseitigkeit: Einerseits wird er um-
- 37 gangssprachlich als Selbstbezeichnung von
- 38 Menschen benutzt, die ihre sexuelle Orien-
- 39 tierung in keine Kategorie einordnen können
- 40 oder wollen oder die mit der Verwendung
- 41 dieses Terminus auf jedwede Einschränkung
- 42 bzw. Definition ihrer sexuellen Orientierung

1 verzichten wollen.

2

3 Andererseits ist er mit einem umfangreichen 4 wissenschaftlichen Diskurs verknüpft, der 5 (so schrieb die führende Vertreterin der sog. 6 Queer Theory, Annamarie Jagose im Jahr 7 2005) vor allem darauf abzielt "Brüche im 8 angeblich stabilen Verhältnis zwischen 9 chromosomalem, gelebtem Geschlecht 10 (gender) und sexuellem Begehren hervorzu-11 heben", also eine Hinterfragung, Destabili-12 sierung und Auflösung starrer Konzepte von 13 (Zwei-Geschlechtlichkeit und sexueller Ori-14 entierung anstrebt.

15

16 "Queer" als Begriff ist also vor allem deshalb 17 inklusiv, weil er alle Menschen einschließt, 18 die bereit sind, "Normalität" zu hinterfra-19 gen, kritisch und eigenständig zu denken 20 und Bezeichnungen wie "heterosexuell", 21 "homosexuell", "weiblich", "männlich" usw. 22 sowie die mit ihnen verknüpften Konzepte 23 und Bilder nicht einfach hinzunehmen. Da-24 bei spielt es keine Rolle, ob diese Menschen 25 weiblich oder männlich, homo- oderhetero-26 sexuell sind oder ihr Geschlecht bzw. ihre 27 sexuelle Orientierung anders oder auch gar 28 nicht definieren.

29

30 Eine "Arbeitsgemeinschaft queerer Sozial-31 demokrat innen" würde in ihrer Bezeich-32 nung niemanden ausschließen, sondern 33 vielmehr nicht nur "anders" liebende, son-34 dern auch anders denkende Menschen ein-35 laden, sich zu beteiligen, zu hinterfragen, zu

36 verändern.

37 Ebendieses kritische Denken, das Hinterfra-38 gen vermeintlicher "Normalität" und damit 39 verbundener Stigmatisierungsprozesse war 40 und ist stets Anliegen der Schwusos gewe-41 sen, weshalb "queer" aus unserer Sicht gute 42 Traditionen fortführt.

43

44 Gegen "queer" mag seine bisher im deutsch-45 sprachigen Raum noch geringe Verbreitung

bzw. die Unkenntnis breiter Bevölkerungsteile, was der Begriff meint, sprechen,
Selbiges gilt aber auch für Bezeichnungen
wie "intergeschlechtlich" oder
"transgeschlechtlich/transgender", zudem
könnte es sich eine "Arbeitsgemeinschaft
queerer Sozialdemokrat_innen" zum
Anliegen machen, diesen Begriff und die mit
ihm verbundenen Chancen und Diskurse zu

11

12 Antrag Nr. 5

13 Namensänderung

10 verbreiten und bekanntzumachen.

- 14 Schwusos Bayern & Schwusos Mecklenburg-
- 15 Vorpommern

16

17 EmpfängerIn(nen): SPD-Parteivorstand

18

- 19 Der Parteivorstand der SPD wird aufgefor-
- 20 dert, die "Arbeitsgemeinschaft Lesben und
- 21 Schwule in der SPD (Schwusos)" umzube-
- 22 nennen in "SPDqueer Arbeitsgemeinschaft
- 23 der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung".

24

- 25 Die AG Schwusos definiert den Begriff
- 26 "queer" für seine Arbeit wie folgt: Der Begriff
- 27 "queer" umfasst lesbische, schwule, bisexu-
- 28 elle, trans- und intersexuelle, transidente,
- 29 pansexuelle und asexuelle Menschen.

30

- 31 Die AG Schwusos fordert daher den Partei-
- 32 vorstand auf, den Beschluss über die Grund-
- 33 sätze und Richtlinien für die Tätigkeit der
- 34 Arbeitsgemeinschaften in der SPD vom
- 35 26.03.2012 in Ziffer I. 2 j. wie folgt zu ändern:

36

- 37 j) SPDqueer Arbeitsgemeinschaft der SPD
- 38 für Akzeptanz und Gleichstellung. Der
- 39 SPDqueer Arbeitsgemeinschaft der SPD für
- 40 Akzeptanz und Gleichstellung gehören alle
- 41 Mitglieder an, die sich aktiv für die Gleich

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Annahme A1 in Fassung der Antragskommission

1 stellung von lesbischen, schwulen, bisexuel-2 len, trans- und inter-, sexuellen,

3 transidenten, pansexuellen und asexuellen

4 Menschen einsetzen.

5

6 Aufgaben der SPDqueer - Arbeitsgemein-7 schaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstel-8 lung sind:

9

Dafür zu arbeiten, dass die Akzeptanz zwischen hetero - und nichtheteronormativen
 Menschen zur gesellschaftlichen Normalität
 und Selbstverständlichkeit wird.

14

- Dafür zu arbeiten, dass Vorurteile, Diskreditierungen und Diskriminierungen gegenüber
 lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und intersexuellen, transidenten, pansexuellen und asexuellen Menschen überwunden werden.

21

Darauf einzuwirken, dass die Interessen der
 lesbische n, schwulen, bisexuellen, trans und intersexuellen, transidenten, pansexuel len und asexuellen Menschen im Prozess der
 Willensbildung politisch und personell Rechnung getragen wird

28

- Für den Dialog mit gesellschaftlichen Ver bänden und der deutschen, europäischen
 und internationalen Gleichstellungsbewe gung zu sorgen

33

34 - Die Repräsentanz der SPD in zivilgesell 35 schaftlichen Interessensvertretungen von
 36 Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans 37 gender zu fördern.

38

39 40

41

42 43

44

Empfehlung der Antragskommission:

Antragskommission

Erledigt durch Annahme A1 in Fassung der

2 Arbeitsgemeinschaft vielfältiger

3 geschlechtlicher und sexueller

4 Lebensweisen in der SPD (Regen-

5 bogenSPD)

6 Schwusos Saar

7

- 8 Auf der Bundeskonferenz in Nürnberg hat-9 ten wir beschlossen, dass eine Namendebat-
- 10 te mit dem Ziel einer neuen, den heutigen
- 11 Bedürfnissen entsprechenden Benennung
- 12 der Arbeitsgemeinschaft angestoßen wird.

13

- 14 Die zum Teil sehr heftig geführten Debat-
- 15 ten haben deutlich gemacht, dass eine Be-
- 16 nennung der Arbeitsgemeinschaft schwierig
- 17 ist. Viele der Bezirks- und Landesverbände
- 18 haben darauf verwiesen, dass der Namen
- 19 auch für Menschen außerhalb der Commu-
- 20 nity verständlich sein soll, z.T. wurde gefor-
- 21 dert keine englischen Begriffe zu verwenden
- 22 und keine Begriffe wie "Sozi", die eher als
- 23 Beleidigung wahrgenommen werden.

24

- 25 Eingedenk der Vorgaben schlagen wir so-26 wohl für den Langnamen als auch für den
- 27 Kurznamen eine Neuausrichtung vor. Ein
- 28 Langname mit einer Aufzählung der von uns
- 29 vertretenen Personen wäre eine Möglichkeit,
- 30 wir glauben aber mit einem offenen Begriff
- 31 auch in der Zukunft Veränderungen abde-
- 32 cken zu können und auch hier kein Anglizis-
- 33 mus zu verwenden. In der politischen Debat-
- 34 te wird hierfür der Begriff der geschlechtli-
- 35 chen und sexuellen Lebensweisen verwen-
- 36 det, den wir auch hier für den Langnamen
- 37 vorschlagen.

- 39 Für den Kurznamen schlagen wir Regenbo-
- 40 genSPD vor, da die Community sich immer
- 41 unter den Farben des Regenbogens versam-
- 42 melt und damit auch schnell als Teil der

- 1 Community erkennbar zu sein. Mit einem
- 2 klaren Bekenntnis zur SPD wollen wir
- 3 deutlich machen, dass wir als
- 4 Arbeitsgemeinschaft ein Teil der SPD sind -
- 5 und als solcher für unsere Themen und
- 6 politischen Ideen kämpfen.

8 Antrag Nr. 7

9 Breite Basis für unseren neuen

10 Namen

- 11 Schwusos Marzahn-Hellersdorf (LV Ber-
- 12 lin), Schwusos Steglitz-Zehlendorf (LV Berlin),
- 13 Schwusos Spandau (LV Berlin), LV Schwusos
- 14 Sachsen, LV Schwusos Sachsen-Anhalt, LV
- 15 Schwusos Thüringen

16

- 17 1. Die AG der Lesben und Schwulen in der
- 18 SPD (Schwusos) erhält einen neuen Namen
- 19 und bittet den Parteivorstand um Bestäti-
- 20 gung des durch die Bundeskonferenz der AG
- 21 beschlossenen Vorschlags

22

- 23 2. Zur Erreichung breiter Akzeptanz muss
- 24 dieser Vorschlag von mind. 10 Landesver-
- 25 bänden bzw. Bezirken mehrheitlich getragen
- 26 werden (Hierzu sind in den Landesverbänden
- 27 und Bezirken geeignete Verfahren anzu-
- 28 wenden). Zudem bedarf es einer Zustim-
- 29 mung der Bundeskonferenz durch mind. 2/3
- 30 der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung
- 31 eingetragenen Delegierten.

32

- 33 3. Das Frauenplenum der Bundeskonferenz
- 34 erhält ein Vetorecht, sofern die weiblichen
- 35 Delegierten dies auf der Konferenz mehr-
- 36 heitlich einzusetzen beschließen.

37

- 38 4. Die Durchführung einer außerordentli-
- 39 chen Bundeskonferenz, um nach Abschluss
- 40 der Vorberatungen zügig zu einer Entschei-
- 41 dung zu gelangen, kann nötig werden und

42

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Annahme A1 in Fassung der Antragskommission

1 wird begrüßt.

2

3 Begründung:

4 Über mehr als ein Jahrzehnt wird die derzei-

5 tige Diskussion über eine Umbenennung

6 unserer Arbeitsgemeinschaft bereits geführt.

7 Zum heutigen Zeitpunkt akzeptieren eine

8 überwältigende Mehrheit der Landesver-

9 bände und Bezirke die Notwendigkeit dieser

10 Veränderung. Insbesondere die Haltung vie-

11 ler Frauen in unserer AG, dass der bisherige

12 Name auf sie ausgrenzend wirkt, muss uns

13 zu denken geben und fordert uns zum Han-

14 deln auf.

15

Gleichzeitig merken wir jedoch, dass die darum geführte Debatte besondere Emotionalität inne hat. Eine breit getragene Mehrheit
für die vorliegenden Vorschläge ist bisher
jedoch ebenfalls nicht erreicht. Die Intensität
der Debatte droht zudem den Zusammenhalt innerhalb der AG nachhaltig negativ zu
beeinflussen. Dies ist eine Entwicklung, welche wir mit Sorge verfolgen und deren Er-

25 gebnis wir nicht zu akzeptieren bereit sind.

26

Der neue Bundesvorstand ist daher aufgerufen, den laufenden Prozess zu einem positiven Abschluss zu führen. Da insbesondere
die Akzeptanz eine ganz wesentliche Eigenschaft des neuen Namens sein muss, ist eine
breite Zustimmung unabdingbar, um geschlossen in die Zukunft zu gehen. Eine Spaltung des Verbandes entlang dieser Frage mit
nachhaltigen Verwerfungen können und
wollen wir nicht akzeptieren.

37

Der im Antrag vorgeschlagene Prozess versucht diesen Weg zu beschreiben. Die erhöhten Quoren der Zustimmung sollen die Vielfalt unseres Verbandes, die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten und Arbeitsbedingungen abbilden. Insbesondere die Einrichtung eines Vetorechts für die Frauen

1 innerhalb unserer AG soll sicherstellen, dass 2 der künftige Name auch ihren Interessen

3 und Bedürfnissen gerecht wird.

4

5 Der Bundesvorstand kann die reichhaltigen

- 6 Vorschläge aus vergangenen Debatten und
- 7 Workshops aufgreifen und den Prozess in die
- 8 Länder und Bezirke tragen. Er kann auf diese
- 9 Weise eine Vielzahl an Vorschlägen im ge-
- 10 samten Bundesgebiet zur Debatte stellen.
- 11 Nach Abschluss der Beratungen in den Län-
- 12 dern und Bezirken könnten jene Vorschläge
- 13 der Bundeskonferenz zur abschließenden
- 14 Entscheidung vorgelegt werden, welche die
- 15 festgelegten Quoren erfüllen. Durch ein be-
- 16 gleitendes Verfahren der Moderation durch
- 17 den Bundesvorstand muss der allseitige Wil-
- 18 le zu einem neuen Konsens Unterstützung
- 19 finden.

20 21

22 Antrag Nr. 8

23 Aufwertung der Bundesstiftung

24 Magnus Hirschfeld

25 Schwusos Sachsen

26

27 EmpängerIn(nen): SPD-Bundestagsfraktion,

- Sozialdemokratische Mitglieder der Bundes-
- regierung 29

30

31 **Die** SPD-Bundestagsfraktion und die

- 32 SPD/Minister_innen werden aufgefordert,
- 33 sich für eine Überführung der Bundesstif-
- 34 tung Magnus Hirschfeld in eine bundesun-
- 35 mittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts
- 36 einzusetzen. Hierfür bedarf es der Verab-
- 37 schiedung eines entsprechenden Gesetzes
- 38 durch den Bundestag.

39

- 40 Begründung:
- 41 2011 beschloss die Bundesregierung die
- 42 Gründung der Bundesstiftung Magnus

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD/Minister_innen werden aufgefordert, zu prüfen, ob eine sich für eine Überführung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld in eine bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts sinnvoll und möglich ist einzusetzen. Soweit dies der Fall ist, soll die Hierfür bedarf es der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes durch den Bundestag erfolgen.

1 Hirschfeld (BMH) als Stiftung bürgerlichen 2 Rechts nach den Regeln des Privatrechts. Die 3 Stiftung finanziert ihre Arbeit aus den Erträ-4 gen des Stiftungsvermögens sowie anderen 5 Zuwendungen (z.B. Spenden, selbst bean-6 tragte Fördermittel für die stiftungseigenen 7 Projekte, weitere Drittmittel). Aus diesen 8 Mitteln werden sowohl die eigenen sowie 9 die Förder-Projekte der Stiftung, als auch alle 10 laufenden Kosten (Personal, Miete etc.) be-11 stritten. Durch das von Bundesminister Maas 12 angekündigte Rehabilitierungsgesetz (Auf-13 hebung der § 175 StGB-Urteile) kommen 14 weitere Aufgaben auf die Stiftung zu – so 15 auch in dem Prof. Burgi-Gutachten im Auf-16 trag der Antidiskriminierungsstelle des Bun-17 des empfohlen.

18

19 In Zeiten niedriger Zinsen stellt dies die Stif-20 tung vor große Herausforderungen, behin-21 dert sie in der Erfüllung ihres Stiftungsauf-22 trages und erschwert zudem den realen Ka-23 pitalerhalt des Stiftungsvermögens, da kein 24 Inflationsausgleich und keine Rückstellun-25 gen gebildet werden können. Als bundes-26 unmittelbare Stiftung des öffentlichen 27 Rechts wären die Beschäftigten der Stiftung 28 über das Bundesministerium der Justiz und 29 für Verbraucherschutz (BMJV) angestellt, 30 welches die Rechtsaufsicht über die Stiftung 31 innehat. Schon heute vertritt das BMJV die 32 Stifterin – der/die jeweilige Bundesjustizmi-33 nister/in ist zugleich Kuratoriumsvorsitzen-34 de/r. Diese Aufwertung der Stiftung wäre 35 eine finanzielle Entlastung des stiftungsei-36 genen Etats, und die Stiftung könnte ihre 37 Erträge auf die nachhaltige Erfüllung des Stiftungsauftrages konzentrieren. 38

39

Die Stiftung hat zum Ziel, an Magnus Hirschfeld zu erinnern, Bildungs- und Forschungsprojekte zu initiieren und zu fördern sowie einer gesellschaftlichen Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen,

- 1 Transsexuellen, trans- und intergeschlechtli-
- 2 chen sowie queeren Personen (Abkürzung:
- 3 LSBTTIQ) in Deutschland entgegenzuwirken.
- 4 Die Stiftung will dabei die Akzeptanz von
- 5 Menschen mit einer nicht-heterosexuellen
- 6 Orientierung in der Gesellschaft insgesamt
- 7 fördern; gleiches gilt für Menschen, die sich
- 8 nicht ausschließlich als Mann oder Frau de-
- 9 finieren.Regenbogenpflege fördern und Sen-
- 10 sibilität schaffen.

12 Antrag Nr. 9

13 Einführung der HIV

14 Präexpositionsprophylaxe (PrEP)

15 in Deutschland

16 Schwusos Hessen-Süd

17

- 18 EmpfängerIn(nen):
- 19 SPD-Bundestagsfraktion

20

- 21 Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bun-
- 22 deskonferenz der Schwusos werden aufge-
- 23 fordert, die Einführung HIV
- 24 Präexpositionsprophylaxe (PrEP) in Deutsch-
- 25 land und deren Aufnahme in den Leistungs-
- 26 katalog der Krankenkassen für Menschen
- 27 mit hohem HIV Infektionsrisiko durchzuset-
- zen. Die Einführung von PrEP soll dabei voneiner breiten Kampagne des Bundesministe-
- 30 riums für Gesundheit begleitet werden, die
- 31 die soziokulturelle Implementation begleitet
- 32 um eine Stigmatisierung von PrEP-Patienten
- 33 zu verhindern und die Akzeptanz von PrEP
- 34 als Ergänzung bestehender Präventionsmit-
- 35 tel zu erhöhen.

36

- 37 Begründung:
- 38 Jeder Schritt zur Bekämpfung des HI-Virus ist
- 39 wichtig, mit PrEP können wir einen weiteren
- 40 wichtigen Teil zur HIV Prävention leisten.
- 41 PrEP ist wie der Name bereits sagt eine

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an Bundesvorstand und Landesverbände/Bezirke mit der Bitte, sich mit den AIDS-Hilfen und weiteren Fachexpert*innen auszutauschen und den Bundesausschuss über die Ergebnisse zu informieren

- 1 prophylaktische Maßnahme, die dazu führen
- 2 wird die Zahl an Neuinvestitionen in
- 3 Deutschland drastisch zu senken. Die PrEP
- 4 ist als ergänzende Maßnahme zu bestehen-
- 5 den Präventionsmittel von HIV Infektionen
- 6 zu verstehen. Es handelt es sich dabei um
- 7 eine kontrollierte, ärztlich begleitete, regel-
- 8 mäßige Medikamenteneinnahme und Bera-
- 9 tung zur HIV Prävention.

- 11 Die derzeitige Behandlung sieht häufige Ein-
- 12 nahme von Tabletten vor, einer 2-
- 13 Montasspritze ist in Vorbereitung. Verschie-
- 14 dene Präparate sind zur Behandlung etwa in
- 15 den USA möglich, die Kombination von
- 16 Emtricitabin plus Tenofovir (Truvada, Gilead
- 17 Sciences) ist dort die derzeit am häufigsten
- 18 verschriebene. In der EU ist hingegen
- 19 noch kein Medikament zur PrEP zugelassen,
- 20 der Druck auf den Hersteller von Truvada
- 21 eine europäische Zulassung zu beantragen
- 22 ist groß.

23

- 24 Neben anderen zeigen auch die EU-Studien
- 25 PROUD aus Großbritannien und IPERGAY
- 26 aus Frankreich und Kanada eine sehr gute
- 27 Schutzwirkung bei Therapietreue. Das PrEP-
- 28 Projekt (AMPrEP) in Amsterdam mit ca. 400
- 29 Studienteilnehmern läuft bis 2018 und un-
- 30 tersucht statt der Wirksamkeit, wie Truvada
- 31 als PrEP-Medikament in der Praxis funktio-
- 32 niert und wird wertvolle Informationen zur
- 33 sozialer Wirkung und Akzeptanz gewinnen.
- 34 Stigmatisierung von Risiko-behaftetem Ver-
- 35 halten und PrEP dürfen bei der Einführung
- 36 nicht unterschätz werden, eine Studie legt
- 37 nahe, dass eine vorausgehende und beglei-
- 38 tende Kampagne zur Einführung von PrEP,
- 39 die über die Behandlung informiert und Vor-
- 40 urteile abbaut, der Schlüssel zu einer erfolg-
- 41 reichen Implementation sei [1].

- 43 Eine Kostenkalkulation von entstehenden
- 44 Kosten durch PrEP versus Einsparung durch

- 1 vermiedene Therapiekosten bei HIV und
- 2 AIDS Patienten ist schwer, wird allgemein
- 3 aber als positiv gesehen, besonders wenn
- 4 PrEP an Risikogruppen und nicht flächende-
- 5 ckend gegeben wird. Risikogruppen beinhal-
- 6 ten etwa serodiskordanten Partnerschaften
- 7 (ein Partner ist HIV positiv, der andere nega-
- 8 tiv), Personen mit häufig wechselnden Sexu-
- 9 alpartnern, Prostituierte, intravenöse Dro-
- 10 genkonsumenten. Der Kostenfaktor wird in
- 11 der Diskussion an Bedeutung verlieren,
- 12 wenn in die ersten Patente in 2017 auslau-
- 13 **fen [2]**.

- 15 1: Knight R, Small W, Carson A, Shoveller J
- 16 (2016) Complex and Conflicting Social
- 17 Norms: Implications for Implementation of
- 18 Future HIV Pre-Exposure Prophylaxis (PrEP)
- 19 Interventions in Vancouver, Canada. PLoS
- 20 ONE 11(1): e0146513.
- 21 doi:10.1371/journal.pone.0146513
- 22 **2**:
- 23 http://www.drugs.com/availability/generic-
- 24 truvada.html Abgerufen am 25. April 2016.
- 25 AntragstellerIn(nen): Schwusos Hessen-Süd
- 26 (in Kooperation mit den Schwusos Bayern)

27

28

29

30 31

32

33

34

35

36

37

38 39

40

41

42

43

44

45

2 Regenbogenpflege fördern und

Sensibilität schaffen

4 Schwusos Hessen-Süd

5 Schwusos Bayern

6

7 EmpfängerIn(nen):

8 SPD-Bundestagsfraktion

9

10 Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bun-

11 deskonferenz der Schwusos werden aufge-

12 fordert, ein geeignetes System zur Identifi-

13 zierung und Bewertung von Pflegeeinrich-

14 tungen zu entwickeln, die sich in besondere

15 Weise um die Belange von LSBTI kümmern

16 und ein hohes Maß an Sensibilität für Pfle-

17 gebedürftige mit STI (sexuell übertragbare

18 Infektionen) und Verfolgung während des 2.

19 Weltkrieges und/oder der strafrechtlichen

20 Verfolgung in der Nachkriegszeit erleben

21 mussten. Als Vorbild soll der in den Nieder-

22 landen etablierte Regenbogenschlüssel des

23 Konsortiums "Roze 50+" dienen.

24

25 Begründung:

26 In Deutschland haben ältere LSBTI in ihrem

27 Leben in erheblichem Ausmaß Diskriminie-

28 rung und Ausgrenzung erfahren. Diese Er-

29 fahrungen führen dazu, dass es für ältere

30 LSBTI schwierig ist in einem Pflegeheim of-

31 fen mit ihrer Sexualität und sexuelle Identi-

32 tät umzugehen, da sie befürchten, diese Er-

33 fahrungen erneut durchleben zu müssen.

34 Gleichzeitig nehmen Pflegeheime derzeit oft

35 gar nicht aktiv zur Kenntnis, dass es in ihren

36 Einrichtungen ältere LSBTI gibt.

37

38

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung der Antraaskommission

Zeilen 16 bis 21 streichen:

und ein hohes Maß an Sensibilität für Pflegebedürftige mit STI (sexuell übertragbare Infektionen) und Verfolgung während des 2. Weltkrieges und/oder der strafrechtlichen Verfolgung in der Nachkriegszeit erleben mussten.

- 1 Die Initiative Regenbogenpflege soll dazu
- 2 beitragen, dass Pflegeeinrichtungen älteren
- 3 LSBTI ein Umfeld bieten, das frei von Diskri-
- 4 minierung ist und ein möglichst selbstbe-
- 5 stimmtes Leben auch bei Pflegebedürftigkeit
- 6 ermöglichen. Anbieter von Pflege sollen
- 7 ermutigt werden, sich des
- 8 Themas anzunehmen und ältere LSBTI sollen
- 9 Informationen dazu finden, wo es Pflegeein-
- 10 richtungen gibt, in denen aktive Toleranz ein
- 11 wesentlicher Bestandteil des Profils ist.

13

14 **Antrag Nr. 11**

15 Trans* in der SPD

16 Schwusos Hessen-Süd

17

Wir Sozialdemokrat*innen haben immer für die Gleichstellung der Geschlechter gekämpft. Es ist unser Verdienst, dass 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt und im Grundgesetz 1949 die Gleichstellung von Männern und Frauen verankert wurde. Im Berliner Programm haben wir uns dazu bekannt, dass eine gerechte Gesellschaft nur durch die Überwindung der männlich dominierten Gesellschaft erreicht werden kann. Denn auch Geschlechter konstituieren Macht- und Herrschaftsverhältnisse und sind damit Teil des täglichen politischen Handelns.

31

41

Doch Geschlecht wird gemeinhin als natürliche Grundtatsache angenommen: Es gibt
(nur) Frauen und Männer und sie zeichnen
sich durch einen natürlichen Unterschied
aus, der sich in unterschiedlichen — spezifisch männlichen oder weiblichen — Charaktereigenschaften und gegensätzlichen Geschlechtsidentitäten niederschlägt. Dabei
wird das Geschlecht einer Person schon bei

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung der AK Umstellung: Forderungen an den Anfang, Rest Begründung

Wir verstehen es als Bereicherung, dass Menschen vielfältige Geschlechter/Geschlechtsidentitäten entwickeln, auch wenn wir nicht alle Begrifflichkeiten und Entwicklungen sofort nachvollziehen können. Wir machen es uns deshalb zum Auftrag, uns Trans*Identität weiterzubilden und dies - nicht nur in unserer Regierungspolitik und unseren Parteiprogrammen - zum Gegenstand unserer alltäglichen Parteikultur zu machen. Wir erkennen an, dass es nicht das Problem von Trans*Menschen ist, dass sie nicht hineinpassen – sondern das Problem einer Gesellschaft, die sie ausschließt und diskriminiert. Genau deshalb werden wir die Arbeit, Diskriminierung aufzuheben, nicht nur bei ihnen belassen; sondern gemeinsam, cis (= Passung der Geschlechtsidentität mit dem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht) und trans*, lernen, gute Unterstützer*innen zu sein, und den Weg für

der Geburt aufgrund von biologischen Merkmalen festgelegt. Dem ist, und das zeigt auch die Forschung, mitnichten so. Vielmehr handelt es sich bei Männlich- und Weiblichkeit um historisch und kulturell varierende Vorstellungen und Leitbilder – das heißt nicht, dass Männer und Frauen grundsätzlich nicht existieren. Gleichzeitig gibt es auch viele Kulturen, welche ein drittes Geschlecht oder mehrere zusätzliche Geschlechtskategorien und/oder die Möglichkeit des Geschlechtswechsels kennen.

13

14 All jene, die nicht in ein derartiges zweige-15 schlechtliches System passen, weil ihre 16 Geschlechtsidentität nicht 17 Geschlechtzusammenpasst, das ihnen bei 18 Geburt zugeordnet wurde, werden regelmä-19 ßig ausgeschlossen oder ausgeblendet; sei es 20 auf persönlicher oder auf struktureller Ebe-21 ne, gesellschaftlich oder in der SPD. Die SPD 22 hat in ihrem Regierungsprogramm 2013 be-23 schlossen, die Situation für Trans*Menschen 24 zu verbessern; die Jusos haben auf dem 25 Bundesparteitag 2015 einen umfassenden 26 Antrag zur Verbesserung von Trans*Rechten 27 und -Lebensrealitäten in Gesellschaft und 28 Partei vorgelegt. Nichtsdestotrotz gerät die 29 Frage, wie Trans*Menschen in der SPD aktiv 30 sein können bzw. bereits sind und wie Dis-31 kriminierung, die sie dabei erleben, abge-32 baut werden kann, selten in den Fokus.

33

Dabei sind Trans*Menschen keine homogene Gruppe, sondern vielfältig (ebenso wie Geschlecht): Wenn wir von Trans*, trans*ident und/oder Trans*Menschen sprechen, dann meinen wir: Transsexuelle, Trans*gender, Agender, Genderless, Bigender, Polygender, Genderqueer und Nicht-Binär, Drags, Crossdresser*innen und viele weitere Identitäten.

43

44 Wir verstehen es als Bereicherung, dass 45 Menschen vielfältige Geschlechter/ GeTrans*Menschen in unserer Partei frei kämpfen.

Deshalb fordern wir und werden wir umsetzen:

- Mitglieder haben das Recht, ihre Geschlechtsidentität selbst zu bestimmen. Es reicht eine Willensbekundung des Mitgliedes, "mindestens bis eine Änderung des Personenstands bei den Meldebehörden möglich Wird kein Geschlecht beim Eintritt eingetragen, wird dies auch so in der MAVIS vermerkt. Neben den Angaben "weiblich", "männlich" und keines kann als vierte Möglichkeit "anderes" angegeben werden."
- "Es werden die technischen Voraussetzungen geschaffen, dass der Geschlechtseintrag in der MAVIS einfach geändert werden kann" und sich nicht allein auf männlich/weiblich beschränkt.
- "Für die Geschäftsstellen der Partei wird ein Leitfaden zum Umgang mit Trans*menschen in der Partei bereitgestellt."
- "In der Verbandsschule findet eine Sensibilisierung statt", so dass die SPD bei Bildungsangeboten hierfür sensibilisieren und reagieren kann.
- Die AG Lesben und Schwule führt, gerne in Zusammenarbeit mit der Parteischule, eigene Bildungsangebote wie Workshops und Seminare durch, um über das Thema Trans*Identität in der eigenen Arbeitsgemeinschaft und der SPD aufzuklären.
- Wir halten an der Frauen- bzw.
 Geschlechterquote fest. "Es wird
 [...] nach praktikablen Lösungen

1 schlechtsidentitäten entwickeln, auch wenn 2 wir Begrifflichkeiten nicht alle 3 Entwicklungen sofort nachvollziehen 4 können. Wir machen es uns deshalb zum 5 Auftrag. über uns Trans*Identität 6 weiterzubilden und dies – nicht nur in 7 unserer Regierungspolitik und 8 Parteiprogrammen – zum Gegenstand 9 unserer alltäglichen Parteikultur zu machen. 10 Wir erkennen an, dass es nicht das Problem 11 von Trans*Menschen ist, dass sie nicht hin-12 einpassen – sondern das Problem einer 13 Gesellschaft, die sie ausschließt und diskri-14 miniert. Genau deshalb werden wir die 15 Arbeit, Diskriminierung aufzuheben, nicht 16 nur bei ihnen belassen; sondern gemeinsam, 17 cis (= Passung der Geschlechtsidentität mit 18 dem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht) 19 und trans*, lernen, gute Unterstützer*innen 20 zu sein, und den Weg für Trans*Menschen in 21 unserer Partei frei kämpfen.

- 22 Deshalb fordern wir und werden wir umset-23 zen:
- 24 Mitglieder haben das Recht, ihre Ge-
- 25 schlechtsidentität selbst zu bestimmen.
- 26 reicht eine Willensbekundung des Mitglie-
- des, "mindestens bis eine Änderung des Per-
- 28 sonenstands bei den Meldebehörden mög-
- 29 lich ist. Wird kein Geschlecht beim Eintritt
- 30 eingetragen, wird dies auch so in der MAVIS
- 31 vermerkt. Neben den Angaben "weiblich", 32 "männlich" und keines kann als vierte Mög-
- 32 lighkeit anderer" angegeben werden "
- 33 lichkeit "anderes" angegeben werden."34

40

- "Es werden die technischen Voraussetzun gen geschaffen, dass der Geschlechtseintrag
 in der MAVIS einfach geändert werden
 kann" und sich nicht allein auf männ lich/weiblich beschränkt.

- 41 "Für die Geschäftsstellen der Partei wird42 ein Leitfaden zum Umgang
- 43 mit Trans*menschen in der Partei bereitge-44 stellt."

- gesucht für den Umgang mit Trans*personen in Bezug auf die Geschlechterquote. [...] Trans*menschen behalten bzw. erhalten [hierbei] das Wahlrecht, ob sie als Männer* oder Frauen* "gezählt" werden wollen (mindestens bis eine andere Lösung gefunden ist)."
- Die AG Lesben und Schwule bemüht sich aktiv darum, Trans*Menschen in die eigene Arbeit einzubeziehen, ihnen gegebenenfalls eigene Diskussionsräume zur Verfügung zu stellen und sie zum festen Bestandteil der AG Lesben und Schwule zu machen.
- Trans*Menschen werden von der AG Lesben und Schwule aktiv im Kontakt mit Landesverbänden und auf Bundesebene anerkannt, sichtbar gemacht und thematisiert - einerseits mit dem Ziel, auch auf Bundesebene die Lebensrealitäten und Sichtbarkeit von Trans*Identität zu verbessern (Wirkung in die sozialdemokratische Community hinein). Andererseits sollen auch konkrete Gesetzesinitiativen angestoßen bzw. beeinflusst werden, die zu einer Verbesserung der Lebensrealität von Trans*Menschen führen (Wirkung in die Gesellschaft hinein).
- Die Sensibilisierung von Trans*Anliegen und bestehender Diskriminierung in und für andere Arbeitsgemeinschaften, um den Erfahrungen besonderer Gruppen, z.B. Trans*Frauen und Trans*Menschen of Color,

- "In der Verbandsschule findet eine Sensibilisie rung statt", so dass die SPD bei Bildungsangebo ten hierfür sensibilisieren und reagieren kann.

4

5 - Die Schwusos führen, gerne in Zusammenar 6 beit mit der Parteischule, eigene Bildungsange 7 bote wie Workshops und Seminare durch, um
 8 über das Thema Trans*Identität in der eigenen
 9 Arbeitsgemeinschaft und der SPD aufzuklären .

10

- Wir halten an der Frauen- bzw. Geschlechterquote fest. "Es wird [...] nach praktikablen Lösungen gesucht für den Umgang mit Trans*personen in Bezug auf die Geschlechterquote. [...] Trans*menschen behalten bzw. erhalten [hierbei] das Wahlrecht, ob sie als Männer* oder Frauen* "gezählt" werden wollen (mindestens bis eine andere Lösung gefunden ist)."

19

20 - Die Schwusos bemühen sich aktiv darum,
 21 Trans*Menschen in die eigene Arbeit einzube 22 ziehen, ihnen gegebenenfalls eigene Diskussi 23 onsräume zur Verfügung zu stellen und sie zum
 24 festen Bestandteil der Schwusos zu machen.

25

- Trans*Menschen werden von den Schwusos aktiv im Kontakt mit anderen Landesverbänden und auf Bundesebene anerkannt, sichtbar gemacht und thematisiert – einerseits mit dem Ziel, auch auf Bundesebene die Lebensrealitäten und Sichtbarkeit von Trans*Identität zu verbessern (Wirkung in die sozialdemokratische LGBT*I-Community hinein). Andererseits sollen auch konkrete Gesetzesinitiativen angestoßen bzw. beeinflusst werden, die zu einer Verbesserung der Lebensrealität von Trans*Menschen führen (Wirkung in die Gesellschaft hinein).

37 38

- Die Sensibilisierung von Trans*Anliegen und
 bestehender Diskriminierung in und für andere
 Arbeitsgemeinschaften, um den Erfahrungen
 besonderer Gruppen, z.B. Trans*Frauen und
 Trans*Menschen of Color, Rechnung zu tragen,
 u.a. in der ASF in der AG Migration.

45

46 47

48

- Rechnung zu tragen, u.a. in der ASF in der AG Migration und Vielfalt.
- Toiletten für Männer und Frauen bleiben bestehen. Darüber hinaus wird in jedem SPD-Gebäude mindestens eine Toilette geschaffen, die geschlechtsneutrale / All-Gender ist und/oder explizit Trans*Menschen einbezieht (z.B. +Trans*). Dies gilt auch bei größeren Veranstaltungen.

Begründung: (wird nicht mit beschlossen)

Wir Sozialdemokrat*innen haben immer für die Gleichstellung der Geschlechter gekämpft. Es ist unser Verdienst, dass 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt und im Grundgesetz 1949 die Gleichstellung von Männern und Frauen verankert wurde. Im Berliner Programm haben wir uns dazu bekannt, dass eine gerechte Gesellschaft nur durch die Überwindung der männlich dominierten Gesellschaft erreicht werden kann. Denn auch Geschlechter konstituieren Macht- und Herrschaftsverhältnisse und sind damit Teil des täglichen politischen Handelns.

Doch Geschlecht wird gemeinhin als natürliche Grundtatsache angenommen: Es gibt (nur) Frauen und Männer und sie zeichnen sich durch einen natürlichen Unterschied aus, der sich in unterschiedlichen — spezifisch männlichen oder weiblichen — Charaktereigenschaften und gegensätzlichen Geschlechtsidentitäten niederschlägt. Dabei wird das Geschlecht einer Person schon bei der Geburt aufgrund von biologischen Merkmalen festgelegt. Dem ist, und das zeigt auch

43

44

die Forschung, mitnichten so. Vielmehr handelt es sich bei Männlichund Weiblichkeit um historisch und kulturell variierende Vorstellungen und Leitbilder – das heißt nicht, dass Männer und Frauen grundsätzlich nicht existieren. Gleichzeitig gibt es auch viele Kulturen, welche ein drittes Geschlecht oder mehrere zusätzliche Geschlechtskategorien und/oder die Möglichkeit des Geschlechtswechsels kennen.

All jene, die nicht in ein derartiges zweigeschlechtliches System passen, weil ihre Geschlechtsidentität nicht mit dem Geschlecht zusammenpasst, das ihnen bei Geburt zugeordnet wurde, werden regelmäßig ausgeschlossen oder ausgeblendet; sei es auf persönlicher oder auf struktureller Ebene, gesellschaftlich oder in der SPD. Die SPD hat in ihrem Regierungsprogramm 2013 beschlossen, die Situation für Trans*Menschen zu verbessern; die Jusos haben auf dem Bundesparteitag 2015 einen umfassenden Antrag zur Verbesserung von Trans*Rechten und -Lebensrealitäten in Gesellschaft und Partei vorgelegt. Nichtsdestotrotz gerät die Frage, wie Trans*Menschen in der SPD aktiv sein können bzw. bereits sind und wie Diskriminierung, die sie dabei erleben, abgebaut werden kann, selten in den Fokus.

Dabei sind Trans*Menschen keine homogene Gruppe, sondern vielfältig (ebenso wie Geschlecht): Wenn wir von Trans*, trans*ident und/oder Trans*Menschen sprechen, dann meinen wir: Transsexuelle, Trans*gender, Agender, Genderless, Bigender, Polygender, Genderqueer und Nicht-Binär, Drags, Crossdresser*innen und viele weitere Identitäten.

2 Akzeptanz und Sichtbarkeit für3 Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle

1 Schwusos Hessen-Süd

5

6 Gerne sprechen wir - ob in Mainstream-7 Gesellschaft oder 'queeren' Kontexten – von 8 "LGBT*I" bzw. "LSBT*I"-Gruppen und denken, 9 dass mit diesem Kürzel alle mit gemeint 10 sind. Tatsächlich fallen einige Gruppen re-11 gelmäßig und systematisch unter den Tisch: 12 So ist das "B", das für Bi-, Pan- und Nicht-13 Monosexuelle steht, trotz der sozialen und 14 politischen Errungenschaften für Schwule 15 und Lesben, immer noch unsichtbar. Obwohl 16 sie statistisch gesehen mit etwa 50% die 17 größte Gruppe innerhalb der 18 Bewegung darstellen, sind sie immer noch 19 marginalisiert; ihre Existenz und ihre beson-20 deren Diskriminierungserfahrungen finden 21 in der Öffentlichkeit nur wenig Anerken-22 nung.

23

24 Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuell – das be-25 deutet, dass Menschen nicht eindeutig hete-26 ro- oder homosexuell lieben und leben. 27 Während Bi sich auf das eigene und andere 28 Geschlechter bezieht (deshalb bi für zwei), 29 bezieht sich Pan auf alle Geschlechter bzw. 30 ein Begehren unabhängig des Geschlechts. 31 Monosexualität hingegen bezeichnet ein 32 Begehren, das sich nur auf ein einziges Ge-33 schlecht richtet – so beispielsweise Hetero-34 oder Homosexualität. Nicht-Monosexuell 35 meint daher eine Anziehung, die sich nicht 36 nur auf ein Geschlecht richtet (sondern meh-37 rere/viele). Auch wenn die Begriffe vielfältig 38 sind: Was alle Gruppen und Personen ver-39 eint, ist, dass sie von Bi*Feindlichkeit, der 40 Unsichtbarmachung von Bi/Pan/Fluiden Be-41 gehrens- und Lebensformen und Mono-

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung der AK Umstellung: Forderungen an den Anfang, Rest Begründung

Was muss sich für Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle ändern, um ihre Lebenssituationen zu verbessern? Als AG Lesben und Schwule fordern wir und setzen uns aktiv für Folgendes ein:

- Die Anerkennung von Bi-, Panund Nicht-Monosexuellen als eigenständige Gruppe, die weder teilweise ,homo' noch ,heterosexuell' sind, sondern über eine eigene sexuelle Identität (auch unabhängig von Kontakten und Partner*innen) verfügen. Sie sind als solche mit ihren spezifischen Erfahrungen anzuerkennen.
- Die Anerkennung von Bi-, Panund Nicht-Monosexuellen in den Bereichen Medizin und Psychologie; insbesondere die Verbesserung des Beratungsangebotes und der psychologischen Betreuung für Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle
- Akzeptanz und Sichtbarkeit von und in Medien, Wohlfahrts-, Kirchen- und Gewerkschaftsverbänden in Deutschland; insbesondere die Nutzung von Begriffen, die Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle integrieren, wenn es (auch) um sie geht
- Akzeptanz und Sichtbarkeit in schwulen und lesbischen Gemeinschaften

1 sexismus (der sozialen Struktur und dem 2 Glauben, dass Menschen nur ein Geschlecht 3 begehren könn(t)en) betroffen sind.

4

5 Die Auswirkungen von Monosexismus 6 Das hat fatale Folgen für Bi-, Pan- und Nicht-7 Monosexuelle Menschen: Weder in hetero-8 noch in homosexuellen Gruppen gehören sie 9 oft ,richtig' dazu und/oder werden in ihrem 10 Begehren und ihren Lebensentwürfen nicht 11 ernst genommen. Vorurteile und Diskrimi-12 nierung gegenüber Bi-, Pan- und Nicht-13 Monosexuelle sind weit verbreitet, so bei-14 spielsweise der pauschale Vorwurf, sie steck-15 ten noch in einer kindlich-sexuellen Lebensphase, müssten sich irgendwann entscheiden, wären gierig und illoyal, Überträ-18 ger*innen sexuell übertragbarer Krankhei-19 ten/Infektionen (STIs) und mit ihnen dürften 20 keine ernsthaften Beziehungen geführt werden, da sie sich ja so oder so nicht binden 21 22 könnten. Noch erschreckender ist, dass Bi-, 23 Pan- und Nicht-Monosexuelle statistisch 24 gesehen häufiger von psychischen Krankhei-25 ten und Krisen (einschließlich Depressionen, 26 Angstzuständen, Selbstverletzendem Ver-27 halten und Suizid) betroffen sind als homo-28 und heterosexuelle Menschen. Am Arbeits-

30 31

29

32 Es zeichnet sich also das klare Bild ab: Das 33 Unsichtbarmachen von Bi-, Pan- und Nicht-34 Monosexuellen hat fatale Konsequenzen in 35 Bezug auf "ihre Gesundheit, ihre Sozialisie-36 rung, ihr wirtschaftliches Wohlergehen sowie die Finanzierung von Bi-Organisationen und -Programmen." (openPetition zum Thema: 2013).

platz, in ihrem Umfeld und gegenüber wich-

tigen Ansprechpartner*innen, z.B.

40

38

39

41 Verbesserung der Anerkennung und Sicht-42 barkeit von Bi-, Panund 43 Monosexuellen - in Politik, Gesellschaft und bei den Schwusos

44

45

- Vermehrte geschlechtersensible sexualpädagogische und Aufklärungsangebote projekte, u.a. an Schulen und in Bezug auf Antidiskriminierungs-/Diversity-Trainings; insbesondere gesonderte Informationen über Bi-,Pan- und Nicht- Monosexualität
- Eine bessere Vertretung bi* / pan/ nicht-monosexueller Menschen in öffentlichen Gremien und Organisationen, die LGBT*I-, insbesondere bi/pan/nichtmono*, Lebenswelten und Themen behandeln.

Die AG Lesben und Schwule verpflichtet sich, die gleichen Grundsätze für ihre eigene Arbeit gelten zu lassen. Sie werden deshalb Folgendes umsetzen:

- Die verbesserte Akzeptanz und Sichtbarkeit von Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle in der eigenen Sprache sowie den eigenen Anträgen und Publikationen.
- Das aktive Bemühen, auch Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle in die eigene Arbeit einzubeziehen, ihnen gegebenenfalls eigene Diskussionsräume zur gung zu stellen und sie zum festen Bestandteil der AG Lesben und Schwule zu machen.
- Bildungsveranstaltun-Eigene gen, so beispielsweise Vorträge, Workshops und Seminare, die Bi-/Pan-/Nicht-Monosexualität als eigenständiges Thema behandeln.
- Bi-/Pan-/Nicht-Monosexualität werden von der AG Lesben und Schwule aktiv im Kontakt mit anderen Landesverbänden und auf Bundesebene anerkannt, sichtbar gemacht und themati

1 Was also muss sich für Bi-, Pan- und Nicht-2 Monosexuelle ändern, um ihre Lebenssitua-3 tionen zu verbessern? Als Schwusos fordern 4 wir und setzen uns aktiv für Folgendes ein:

5

6 - Die Anerkennung von Bi-, Pan- und Nicht-7 Monosexuellen als eigenständige Gruppe, 8 die weder teilweise 'homo' noch 'heterose-9 xuell' sind, sondern über eine eigene sexuel-10 le Identität (auch unabhängig von Kontakten 11 und Partner*innen) verfügen. Sie sind als 12 solche mit ihren spezifischen Erfahrungen 13 anzuerkennen.

14

15 -Die Anerkennung von Bi-, Pan- und Nicht-16 Monosexuellen als eigenständige Gruppe, 17 die weder teilweise ,homo' noch ,heterose-18 xuell' sind, sondern über eine eigene sexuel-19 le Identität (auch unabhängig von Kontakten 20 und Partner*innen) verfügen. Sie sind als 21 solche mit ihren spezifischen Erfahrungen 22 anzuerkennen.

23

24 - Die Anerkennung von Bi-, Pan- und Nicht-25 Monosexuellen in den Bereichen Medizin 26 und Psychologie; insbesondere die Verbesserung des Beratungsangebotes und der psy-28 chologischen Betreuung für Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle

29 30

27

31 - Akzeptanz und Sichtbarkeit von und in Me-32 dien, Wohlfahrts-, Kirchen- und Gewerk-33 schaftsverbänden in Deutschland; insbesondere die Nutzung von Begriffen, die Bi-, Panund Nicht-Monosexuelle integrieren, wenn es (auch) um sie geht

36 37 38

- Akzeptanz und Sichtbarkeit in schwulen und lesbischen Gemeinschaften

39 40

41 - Vermehrte geschlechtersensible und sexualpädagogische Aufklärungsangebote und projekte, u.a. an Schulen und in Bezug auf Antidiskriminierungs-/Diversity-Trainings;

44 45

43

siert - einerseits mit dem Ziel, auch auf Bundesebene die Akzeptanz und Sichtbarkeit von Bi-/Pan-/Nicht-Monosexuellen zu verbessern (Wirkung in die sozialdemokratische LGBT*I-Community hinein). Andererseits sollen dadurch auch konkrete Gesetzesinitiativen angestoßen bzw. beeinflusst werden, die zu einer Verbesserung der Akzeptanz und Sichtbarkeit von Bi-/Pan-/Nicht-Monosexuellen beitragen (Wirkung in die Gesellschaft hinein).

Begründung:

Gerne sprechen wir ob in Mainstream-Gesellschaft oder ,queeren' Kontexten – von "LGBT*I" bzw. "LSBT*I"-Gruppen und denken, dass mit diesem Kürzel alle mitgemeint sind. Tatsächlich fallen einige Gruppen regelmäßig und systematisch unter den Tisch: So ist das "B", das für Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle steht, trotz der sozialen und politischen Errungenschaften für Schwule und Lesben, immer noch unsichtbar. Obwohl sie statistisch gesehen mit etwa 50% die größte Gruppe innerhalb der LGBT*I-Bewegung darstellen, sind sie immer noch marginalisiert; ihre Existenz und ihre besonderen Diskriminierungserfahrungen finden in der Öffentlichkeit nur wenig Anerkennung.

Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuell – das bedeutet, dass Menschen nicht eindeutig hetero- oder homosexuell lieben und leben. Während Bi sich auf das eigene und andere Geschlechter bezieht (deshalb bi für zwei), bezieht sich Pan auf alle Geschlechter bzw. ein

1 insbesondere gesonderte Informationen2 über Bi-, Pan- und Nicht-Monosexualität

3

4 - Eine bessere Vertretung bi*/pan/nicht-5 monosexueller Menschen in öffentlichen 6 Gremien und Organisationen, die LGBT*I-, 7 insbesondere bi/pan/nicht-mono*, Lebens-8 welten und Themen behandeln.

9

10 Schwusos verpflichten sich, die gleichen 11 Grundsätze für ihre eigene Arbeit gelten zu 12 lassen. Sie werden deshalb Folgendes um-13 setzen:

14

- Die verbesserte Akzeptanz und Sichtbarkeit
 von Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle in der
 eigenen Sprache sowie den eigenen Anträ gen und Publikationen.

19

Das aktive Bemühen, auch Bi-, Pan- und
 Nicht-Monosexuelle in die eigene Arbeit ein zubeziehen, ihnen gegebenenfalls eigene
 Diskussionsräume zur Verfügung zu stellen
 und sie zum festen Bestandteil der Schwusos
 zu machen.

26

27 - Eigene Bildungsveranstaltungen, so bei 28 spielsweise Vorträge, Workshops und Semi 29 nare, die Bi-/Pan-/Nicht-Monosexualität als
 30 eigenständiges Thema behandeln.

30 31

32 Bi-/Pan-/Nicht-Monosexualität werden von 33 den Schwusos aktiv im Kontakt mit anderen 34 Landesverbänden und auf Bundesebene an-35 erkannt, sichtbar gemacht und thematisiert 36 - einerseits mit dem Ziel, auch auf Bundes-37 ebene die Akzeptanz und Sichtbarkeit von 38 Bi-/Pan-/Nicht-Monosexuellen zu verbes-39 sern (Wirkung in die sozialdemokratische 40 LGBT*I-Community hinein). Andererseits sol-41 len dadurch auch konkrete Gesetzesinitiati-42 ven angesto- ßen bzw. beeinflusst werden, 43 die zu einer Verbesserung der Akzeptanz und 44 Sichtbarkeit Bi-/Pan-/Nichtvon 45 Monosexuellen beitra-

Begehren unabhängig Geschlechts. Monosexualität hingegen bezeichnet ein Begehren, das sich nur auf ein einziges Geschlecht richtet - so beispielsweise Hetero- oder Homosexualität. Nicht-Monosexuell meint daher eine Anziehung, die sich nicht nur auf ein Geschlecht richtet (sondern mehrere/viele). Auch wenn die Begriffe vielfältig sind: Was alle Gruppen und Personen vereint, ist, dass sie von Bi*Feindlichkeit. der Unsichtbarmachung von Bi/Pan/Fluiden Begehrens- und Lebensformen und Monosexismus (der sozialen Struktur und dem Glauben, dass Menschen nur ein Geschlecht begehren könn(t)en) betroffen sind.

Die Auswirkungen von Monosexismus

Das hat fatale Folgen für Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle Menschen: Weder in hetero- noch in homosexuellen Gruppen gehören sie oft ,richtig' dazu und/oder werden in ihrem Begehren und ihren Lebensentwürfen nicht ernst genommen. Vorurteile und Diskriminierung gegenüber Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle sind weit verbreitet, so beispielsweise der pauschale Vorwurf, sie steckten noch in einer kindlichsexuellen Lebensphase, müssten sich irgendwann entscheiden, wären gierig und illoyal, Überträger*innen sexuell übertragbarer Krankheiten/Infektionen (STIs) und mit ihnen dürften keine ernsthaften Beziehungen geführt werden, da sie sich ja so oder so nicht binden könnten. Noch erschreckender ist, dass Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle statistisch gesehen häufiger von psychischen Krankheiten und Krisen (einschließlich Depressionen, Angstzuständen, Selbstverletzendem Verhalten und Suizid) betroffen sind als homo-

und heterosexuelle Menschen. Am Arbeitsplatz, in ihrem Umfeld und gewichtigen Ansprechpartgenüber ner*innen, z.B. Ärzt*innen, sind sie seltener geoutet und sprechen kaum über Begehren. Insbesondere ihr bi/pan/nicht-monosexuelle Frauen* sind, noch öfter als hetero- und homosexuelle Frauen*, in besonderer Art und Weise sowie Häufigkeit von Gewalt betroffen. Auch existieren Statistiken, die belegen, dass Bi-, Pan- und Nicht-Monosexuelle sich häufiger in prekären sozialen und wirtschaftlichen Lebenssituationen befinden als Hetero- und Homosexuelle.

Es zeichnet sich also das klare Bild ab: Das Unsichtbarmachen von Bi-, Panund Nicht-Monosexuellen hat fatale Konsequenzen in Bezug auf "ihre Gesundheit, ihre Sozialisierung, ihr wirtschaftliches Wohlergehen sowie die Finanzierung von Bi-Organisationen und –Programmen." (openPetition zum Thema: 2013).

1 Sensibilisierung gegen Diskrimi-

2 nierung aufgrund sexueller und

3 geschlechtlicher Orientierung

4 Schwusos Nordrhein-Westfalen

5

6 Um der Diskriminierung von LSBTI auch in-7 nerhalb der SPD entgegenzuwirken, wird der 8 Bundesvorstand der AG Lesben und Schwule 9 in der SPD beauftragt, in Zusammenarbeit 10 mit den Landesverbänden Maßnahmen zur 11 Sensibilisierung von Parteigremien, Arbeits-12 gemeinschaften, Unterbezirken, Ortsverei-13 nen und einzelnen Genossinnen und Genos-

15

14 sen zu erarbeiten.

16 Diese Maßnahmen sollen insbesondere be-17 inhalten:

18

19 I. Es sollen Infomaterialien erstellt werden, 20 die sich an die oben genannte Zielgruppe 21 richten. Das Material soll nicht nur auf An-22 frage bereitgestellt werden. Allen Unterbe-23 zirken soll dieses Material initiativ durch den 24 Bundesvorstand bereit gestellt werden.

25

II. Es sollen Workshops / Schulungen erarbeitet werden, die auf Anfrage in einzelnen Unterbezirken, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften angeboten werden. Durch diese sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Situation von LSBTI in der Gesellschaft im Allgemeinen

33 34

> 35 und in der SPD im Speziellen vertraut ge-36 macht werden.

37

38 III. Eine Anlaufstelle für alle Genossinnen 39 und Genossen, die aufgrund ihrer sexuellen

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme mit dem Zusatz: Jeder Landesverband/Bezirk benennt für dieses Thema eine/n Ansprechpartner*in 1 oder geschlechtlichen Orientierung

- 2 Diskriminierung innerhalb der SPD erfahren
- 3 haben, ist einzurichten und bekannt zu ma-

4 chen.

5

- 6 Begründung:
- 7 Auch durch die Politik der SPD haben sich
- 8 das gesellschaftliche Kima und die rechtli-
- 9 chen Bedingungen für LSBTI geändert. Viele
- 10 Genossinnen und Genossen sehen daher
- 11 LSBTI als gesellschaftlich akzeptiert und
- 12 rechtlich weitgehend gleich gestellt an.
- 13 Dennoch erleben LSBTI sowohl innerhalb als
- 14 auch außerhalb der SPD oft Homo- und
- 15 Transphobie sowie eine damit einhergehen-
- 16 de Diskriminierung.

17

- 18 Um diesem entgegenzuwirken, bedarf es
- 19 einer Sensibilisierung, die aktiv vorangetrie-
- 20 ben werden muss. Eine bloße Dokumentati-
- 21 on von Diskriminierung wird die nötige Sen-
- 22 sibilität nicht erzielen. Zum einen ist ein voll-
- 23 ständiges Erfassen von Homo- und Trans-
- 24 phobie kaum möglich. Zum anderen wird
- 25 damit erneut der Eindruck erweckt, dass Dis-
- 26 kriminierungen bereits bekannt seien und
- 27 das Problem angegangen werde.

28

- 29 Als Arbeitsgemeinschaft sind wir angehalten
- 30 eine offene und vielfältige Gesellschaft nicht
- 31 nur zu fordern, sondern diese auch aktiv zu
- 32 erkämpfen.

Empfehlung der Antragskommission:

Diskriminie-2 Erstellung eines **3 rungsbuches**

Erledigt durch Annahme A13 in Fassung der Antragskommission

Schwusos Nordrhein-Westfalen 6 EmpfängerIn(nen):

SPD-Landesvorstände

7 8

9 Der Bundesvorstand der "Arbeitsgemein-10 schaft der Lesben und Schwule in der SPD" 11 wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit 12 dem Landesvorständen ein Erfahrungsbuch 13 mit ggf. anonymisierten Erlebnisberichten 14 über Benachteiligung innerparteilicher und 15 gesellschaftlicher Diskriminierung zu erstel-16 len und dies in abgedruckter und digitaler 17 Form dem Bundesparteivorstand und den 18 Landesparteivorständen, sowie allen AGs 19 und AKs in der SPD und ihren Untergliedesowie den interessierten Ge-

21 noss*Innen zur Verfügung zu stellen.

22

23 Begründung:

24 Die gesellschaftliche Emanzipation schreitet 25 weiter voran, doch immer noch gibt es Dis-26 kriminierungen verschiedenster Art sowohl 27 innerhalb der SPD als auch in unserer Gesell-28 schaft. Dies wird jedoch häufig von Ge-29 noss*Innen nicht wahrgenommen, weil sie 30 homosexuelle Menschen als vollständig 31 gleichgestellte Menschen akzeptieren und 32 ihren Schwerpunkt auf andere Inhalte legen. 33 Diese Wahrnehmung ist jedoch notwendi-34 gerweise an die Realität anzupassen. Wir 35 haben in unserer Gesellschaft einen Punkt in 36 dem emanzipatorischen Kampf erreicht, der 37 es uns ermöglicht, aber auch von uns verlangt, dass wir über diese Probleme berich-39 ten. 40

41 Homosexuelle, Bisexuelle und Inter- / Trans-42 idente erleben Diskriminierungen in vielen 43 verschiedenen Lebensbereichen: angefangen

1 bei einfachen Liebesbekundungen auf den2 Straßen in den Städten oder auf dem Land,

3 über Adoptionsrechte bis hin zu dem Prob-

4 lem, dass ihre Kinder von anderen Kindern

5 gemieden werden, weil ihre Eltern als "an-

6 ders" gebrandmarkt sind.

7

8 Auch auf staatlicher Seite gibt es noch im-9 mer Diskriminierungen, beispielsweise bei 10 Dokumenten, die aus "technischen" Grün-11 den nur für Männer und Frauen ausgestellt 12 werden können (und eine handschriftliche 13 Ergänzung durch Sachbearbeiter*Innen er-14 fordern). In so manchen Bundesländern de-15 monstrieren "besorgte Eltern" laut gegen 16 Aufklärung und damit offen gegen jegliche

18

Auch innerparteilich werden offen homo-/ bisexuelle, inter* und trans* Menschen immer noch von einigen Genoss*Innen benachteiligt und angefeindet.

17 nichtheteronormative Lebensweise.

23

Das Gros der Genoss*Innen erfährt von dieser Benachteiligung allerdings kaum etwas und ein qualitativ hochwertiges Erfahrungsbuch wird als ein valider Weg angesehen, um dieser mangelnden Erfahrung entgegen zu treten.

30 31

32

33

2	Keine Ausweitung von sicheren	Empfehlung der Antragskommission:
4	"Herkunftsstaaten" – Maghreb Staaten sind für LSBTTIQ*- Personen alles andere als sicher!	Annahme in geänderter Fassung der Antragskommission
7	Schwusos Berlin	
8	EmpfängerIn(nen): SPD-Bundesparteitag Sozialdemokratische	
10	Mitglieder des Bundesrates	
11	winegheder des baridesrates	
12	Die sozialdemokratischen Mitglieder des	
13	Bundesrates und die sozialdemokratischen	
14	Mitglieder des Bundestages werden aufge-	Zeilen13 – 14 streichen
15	fordert, gegen die Ernennung von Marokko,	und die sozialdemokratischen Mitglie-
16	Tunesien und Algerien als "sichere Her-	der des Bundestages
17	kunftsstaaten" zu stimmen.	
18	Danii adama	
19 20	Begründung:	
20 21	Die Regierungen der sog. Maghreb Staaten	
22	(Marokko, Tunesien und Algerien) gehen in	
23	den jeweiligen Ländern mit aller Härte des	
24	Gesetzes gegen Menschen, die der LSBTTIQ*-	
25	Szene angehören und / oder ihnen zugeord-	
26	net werden, vor.	
27		
28	Rechtliche Lage von LSBTTIQ*-Personen in	
	Artikel 489 des dortigen Strafgesetzbuches	
31 32	besagt, dass homosexuelle Handlungen ille-	
33	gal sind und mit einer Haftstrafe von bis zu 3 Jahren geahndet werden können. Des Weite-	
33 34	ren sieht das Gesetz vor, dass "Straftä-	
35	ter*innen" eine Geldstrafe von 120 – 1200	
36	Dirham (30€ bis 293€) zu zahlen haben.	
37	,	
38	Rechtliche Lage von LSBTTIQ*-Personen in	
39	Tunesien:	

- 1 Artikel 230 des tunesischen Strafge-
- 2 setzbuches sieht vor, dass gleichge-
- 3 schlechtliche Sexualität mit bis zu 3 Jahren
- 4 zu bestrafen ist.

- 6 Rechtliche Lage von LSBTTIQ*-Personen in 7 Algerien:
- 8 Artikel 333 im Verbund mit Artikel 338 des
- 9 algerischen Strafgesetzbuches legen die
- 10 Strafen für homosexuelle Handlungen fest.
- 11 Die beiden Artikel besagen, dass Menschen
- 12 die den gleichgeschlechtlichen Akt vollzie-
- 13 hen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 3
- 14 Jahren und einer Geldstrafe von bis zu
- 15 10.000 Dinar (85€) bestraft werden.

16

- 17 Hinzukommt, dass diese Menschen massiv
- 18 durch die Gesellschaft für ihre Liebe diskri-
- 19 miniert werden. Es beginnt bei der Ächtung
- 20 von LSBTTIQ-Angehörigen und geht weiter
- 21 bis zu öffentlichen Aufrufen zum Begehen
- 22 von Straftaten gegen LSBTTIQ-Angehörige.
- 23 Man sieht, dass in diesen drei Ländern, Men-
- 24 schen für die Tatsache, dass sie lieben, so-
- 25 wohl durch den Staatsapparat kriminalisiert
- 26 und deren drakonischer Strafen diskriminiert
- 27 als auch durch die Gesellschaft geächtet
- 28 werden.

29

- 30 Für LSBTTIQ-Personen besteht in diesen 3
- 31 Ländern keine Möglichkeit sich auf Antidis-
- 32 kriminierungsgesetze, die LSBTTIQ*-
- 33 Personen schützen, zu berufen. Ihre z.B. im
- 34 Ausland geschlossenen Ehen oder eingetra-
- 35 genen Lebenspartner*innenschaften haben
- 36 keine Chancen auf Anerkennung.

37

- 38 Als Sozialdemokrat*innen und Schwusos
- 39 sind wir verpflichtet unsere Solidarität mit
- 40 den Freund*innen der LSBTTIQ*-Szene welt-
- 41 weit zu zeigen.

42

Empfehlung der Antragskommission: *Annahme*

2 Sichere Herkunftsländer

Schwusos Oberbayern 3 4 5 6 EmpfängerIn(nen): SPD Bundestagsfraktion 7 Die AG Lesben und Schwule in der SPD for-9 dert die SPD Bundestagsfraktion auf darauf 10 hinzuwirken, dass bei der kommenden 11 Überprüfung der sicheren Herkunftsstaaten 12 sämtliche Staaten aus dieser Gruppe her-13 ausgenommen werden, in denen Gesetze 14 existieren und durchgesetzt werden, die ein-15 vernehmliche gleichgeschlechtlichen sexuel-16 le Handlungen strafrechtlich verfolgen 17 und/oder die Äußerungen/Darstellung von 18 LGBTI in der Öffentlichkeit verbieten (Homo-19 Propaganda). Explizit zu nennen sind hier: 20 Tunesien, Algerien, Marokko, Senegal, Be-21 gründung: Das Konzept sichere Herkunfts-22 staaten ist an sich schon kritisch zu betrach-23 ten, da hierdurch jegliche Asylanträge 24 erstmal als unbegründet abgelehnt werden 25 und eine Beweislastumkehr vollzogen wird, 26 die Asylbewerber zwingt nachprüfbar eine 27 individuelle Verfolgung zu belegen. Zudem 28 werden Fristen verkürzt und der Zugang zu 29 Beratung ist drastisch eingeschränkt. Nach 30 BVerfG Urteil dürfen nur Länder als sichere 31 Herkunftsstaaten eingestuft werden in de-32 nen "landesweit für alle Personen- und Be-33 völkerungsgruppen Sicherheit vor politischer 34 Verfolgung" sichergestellt ist. Nach einem 35 Urteil des EuGH von 2013 darf von Men-36 schen nicht verlangt werden ihre sexuelle 37 und geschlechtliche Identität in ihrem Her-38 kunftsland zu verstecken um Strafverfol-39 gung zu entgehen, da die sexuelle und ge-40 schlechtliche Identität originär zur Identität 41 des Menschen hinzugehört. Diese beiden 42

- 1 Beurteilungen verbieten es Staaten wie
- 2 Tunesien, Algerien, Marokko, dem Senegal
- 3 und weiteren als sichere Herkunftsstaaten
- 4 einzugruppieren, da in sämtlichen Staaten
- 5 Gesetze gegen LGBTI existieren und auch
- 6 durchgesetzt werden, wie in regelmäßigen
- 7 Presseberichten zu lesen ist.

9 Antrag Nr. 17

Empfehlung der Antragskommission:

Nichtbefassung

10 LGBTI-Flüchtlinge besser schüt-

11 zen und finanzielle Rahmen-

12 bedingungen hierzu stärken

13 Schwusos Saar

14

- 15 Die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und
- 16 Schwulen in der SPD (Schwusos) möge auf
- 17 ihrer Landeskonferenz beschließen, dass auf
- 18 dem Landesparteitag der SPD Saar ein An-
- 19 trag zur Abstimmung gestellt wird indem
- 20 beschlossen wird die Landesregierung aufzu-
- 21 fordern, Maßnahmen zu ergreifen um LGBTI-
- 22 Flüchtlinge zu schützen, indem sie einen
- 23 Masterplan für besonders schutzwürdige
- 24 Flüchtlinge, insb. Gewaltschutzkonzept für
- 25 Unterkünfte zu erarbeiten hat und die hier-
- 26 zu notwendigen finanziellen Mittel bereitzu-
- 27 stellen hat.

- 29 Begründung:
- 30 Lesbische, schwule und transsexuelle Flücht-
- 31 linge müssen in Deutschland besser ge-
- 32 schützt, von den Behörden besser beraten
- 33 und in Unterkünfte untergebracht werden,
- 34 in denen sie sich nicht der Gefahr ausgesetzt
- 35 sehen müssen, weiterhin wegen ihrer sexu-
- 36 ellen Orientierung angefeindet oder diskri-
- 37 miniert zu werden. Berlin, Hamburg und
- 38 Nürnberg haben hierzu schon die ersten Pro-
- 39 jekte und die ersten LGBTI-
- 40 Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung ge-
- 41 stellt.

1 Immer wieder werden von Diskriminie-2 rungserfahrungen von homo- und transse-3 xuellen Flüchtlingen auch in Deutschland 4 berichtet und das, obwohl sie vor ebendieser 5 Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen sind. 6 7 Darüber hinaus sind Beratungsstellen zur 8 kostenlosen Rechtsberatung zur Verfügung 9 zu stellen, da oftmals LGBTI-Flüchtlinge 10 Dolmetschern misstrauen, da diese oft aus 11 dem Heimatland kommen, in dem sie ver-12 folgt wurden und weil diese teilweise ein 13 offen homophobes Verhalten zu Tage legen. 14 Auch wissen Asylsuchende vielfach nicht, 15 dass ihre Homo- oder Transsexualität asyl-16 rechtlich relevant ist. 17 18 **Empfehlung der Antragskommission:** Antrag Nr. 18 **Annahme** 20 Antrag zum § 46 StGB 21 22 23 Schwusos Baden-Württemberg 24 25 EmpfängerIn(nen): SPD-Bundestagsfraktion, 26 Bundesjustizministerium in Person Justizmi-27 nister Heiko Maas (SPD) 28 29 Die SPD-Bundestagsfraktion und das Bun-30 desjustizministerium in Person Justizminis-31 ter Heiko Maas (SPD) werden aufgefordert, 32 den Gesetzestext § 46 StGB (Strafverschär-33 fung vorurteilsbedingter Straftaten) in Ab-34 satz 2 (folgend rot hervorgehoben) um die in 35 Art. 3, Absatz 3 GG benannten Beweggründe 36 (folgend grün hervorgehoben), sowie um 37 den der sexuellen Orientierung bzw. ge-38 schlechtlichen Identität ausdrücklich benen-39 nend zu ergänzen. 40 41 § 46 StGB

42 Grundsätze der Strafzumessung

43 (1) Die Schuld des Täters ist Grundlage

- 1 für die Zumessung der Strafe. Die Wirkun-
- 2 gen, die von der Strafe für das künftige
- 3 Leben des Täters in der Gesellschaft zu
- 4 erwarten sind, sind zu berücksichtigen.
- 5 (2) Bei der Zumessung wägt das Gericht die
- 6 Umstände, die für und gegen den Täter spre-
- 7 chen, gegeneinander ab. Dabei kommen
- 8 namentlich in Betracht:
- 9 die Beweggründe und die Ziele des Täters,
- 10 besonders auch rassistische, fremdenfeindli-
- 11 che oder sonstige menschenverachtende, die
- 12 Gesinnung, die aus der Tat spricht, und der
- 13 bei der Tat aufgewendete Wille, das Maß der
- 14 Pflichtwidrigkeit, die Art der Ausführung und
- 15 die verschuldeten Auswirkungen der Tat, das
- 16 Vorleben des Täters, seine persönlichen und
- 17 wirtschaftlichen Verhältnisse sowie sein
- 18 Verhalten nach der Tat, besonders sein Be-
- 19 mühen, den Schaden wiedergutzumachen,
- 20 sowie das Bemühen des Täters, einen Aus-
- 21 gleich mit dem Verletzten zu erreichen.
- 22 (3) Umstände, die schon Merkmale des ge-
- 23 setzlichen Tatbestandes sind, dürfen nicht
- 24 berücksichtigt werden.
- 25 Strafgesetzbuch, Stand: 04.06.2016

- 27 Grundgesetz für die Bundesrepublik
- 28 Deutschland
- 29 Art 3
- 30 (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz
- 31 gleich.
- 32 **(2)** Männer und Frauen [...].
- 33 (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes,
- 34 seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner
- 35 Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines
- 36 Glaubens, seiner religiösen oder politischen
- 37 Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt
- 38 werden. Niemand darf wegen seiner Behinde-
- 39 rung benachteiligt werden.

40 41

42 Begründung:

- 43 Es gibt keine Gründe, eine konkrete Benen-
- 44 nung der menschenverachtenden Beweg-
- 45 gründe zu Gunsten einer vagen Formulie-

- 1 rung zu vermeiden, zumal eine Offenhaltung
- 2 für weitere Beweggründe ("...sonstige...",
- 3 Argumentation Christian Lange,
- 4 Staatssekretär im JM) unbeschadet auch
- 5 einer konkreten Benennung nachfolgen
- 6 kann.
- 7 Vor allem bleibt es gleich auf mehreren Ebe-
- 8 nen dem Gutdünken und der subjektiven
- 9 Einschätzung der beteiligten Organe über-
- 10 lassen, die Tatbestände adäquat zu erfassen
- 11 oder zu "übersehen" z.B.:

- 13 -Polizei bei der Aufnahme von Straftaten,
- 14 insbesondere auch bei der Zeugenbefragung

15

16 -Staatsanwaltschaft beider Bewertung

17

18 -Gerichte bei der Bewertung ...

19

- 20 Erst die Benennung der menschenverach-
- 21 tenden Beweggründe eines Täters führen
- 22 dem (auch potentiellen) Täter die besondere
- 23 Verwerflichkeit der Tat vor Augen.

24

25 **Antrag Nr. 19**

Empfehlung der Antragskommission: Nichtbefassung

- 26 Endlich Aktionspläne gegen
- 27 Trans- und Homophobie und für
- 28 Vielfalt und Akzeptanz im Saar-
- 29 land beschließen
- 30 Schwusos Saar

31

- 32 Die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und
- 33 Schwulen in der SPD (Schwusos)fordert, un-
- 34 ter breiter Beteiligung einen umsetzungs-
- 35 und maßnahmenorientierten Aktionsplan
- 36 Homophobie bis zum Ende der Legislaturpe-
- 37 riode zu erarbeiten, der sich an der Lebens-
- 38 wirklichkeiten orientiert und dabei gesell-
- 39 schaftlich relevante Felder und deren Institu-
- 40 tionen betrachtet.

- 1 Begründung:
- 2 Homo- und Transphobie sind trotz aller ge-
- 3 sellschaftlichen und auch rechtlicher Fort-
- 4 schritte weiter ein Problem in unserer Ge-
- 5 sellschaft. Immer wieder kommt es zu An-
- 6 feindungen und gewalttätigen Übergriffen
- 7 auf LSBTI. Weder auf Bundesebene, noch im
- 8 Saarland existieren bislang koordinierten
- 9 staatlichen Programme gegen diese Erschei-
- 10 nungsformen gruppenbezogener Menschen-
- 11 feindlichkeit. Wir brauchen einen Aktions-
- 12 plan für Vielfalt sowohl auf Bundes- wie auf
- 13 Landesebene, für die Akzeptanz von Lesben,
- 13 Landesebene, für die Akzeptanz von Lesben
- 14 Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen,
- 15 entsprechende staatliche Programme und
- 16 gezielte Präventionsmaßnahmen, um die
- 17 Arbeit für Respekt nachhaltig zu fördern.

- 19 Aktionspläne auf Landesebene gibt es in
- 20 Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Meck-
- 21 lenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen,
- 22 Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein

23

- 24 Aktionspläne werden vorbereitet in
- 25 Brandenburg, Hamburg (Koalitionsvertrag
- 26 2015), Hessen (Koalitionsvertrag 2014),
- 27 Sachsen (Koalitionsvertrag 2014), Sachsen-
- 28 Anhalt (Beschluss des Landtags vom
- 29 29.01.2015), Thüringen (Koalitionsvertrag
- 30 **2014**)

Empfehlung der Antragskommission: *Nichtbefassung*

2 Nationaler Aktionsplan gegen

Rassismus

4 Schwusos Rheinland-Pfalz

5

- 6 EmpfängerIn(nen):
- 7 Bundeskonferenz Schwusos
- 8 SPD Bundesvorstand
- 9 SPD Bundestagsfraktion

10

- 11 Die Schwusos stellen für die BuKo der
- 12 Schwusos am 14./15.10.2016 einen Antrag,
- 13 dass der Nationale Aktionsplan gegen Ras-
- 14 sismus um die Themenfelder Homophobie
- 15 und Transphobie erweitert wird im Sinne des
- 16 Forderungskataloges, den der LSVD erstellt
- 17 hat.

18

- 19 Die Erweiterung muss konkrete Maßnah-
- 20 men erhalten u.a. die Struktur der LSBTI Bil-
- 21 dungsprojekte, die sich im Bundesverband
- 22 "Queere Bildung" zusammengeschlossen
- 23 haben, finanziell unterstützen, sowie eine
- 24 breite Öffentlichkeitsarbeit zur Akzeptanz
- 25 von LSBTI enthalten.

26

2728

29

30 Antrag Nr. 21

- 31 Diskriminierung von lesbischen
- 32 Paaren bei der Kinderwunschbe-
- 33 handlung beenden
- 34 Schwusos Brandenburg

35

36 EmpfängerIn(nen): Schwuso-Bundesvorstand

37

- 38 Der Bundesvorstand der Schwusos wird auf-
- 39 gefordert, sich dafür einzusetzen, dass die

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung der Antragskommission

- 1 Diskriminierung von lesbischen Paaren bei
- 2 der Kinderwunschbehandlung beendet wird,
- 3 indem er sich für entsprechende
- 4 Gesetzesänderungen gegenüber der SPD-
- 5 Bundestagsfraktion ausspricht. Deutsche
- 6 Samenbanken sollen, wie in den meisten
- 7 europäischen Ländern auch, lesbischen Paa-
- 8 ren Behandlungen zugänglich machen. Au-
- 9 Berdem wird dazu aufgefordert, Gesetzes-
- 10 entwürfe zu erarbeiten, die eine
- 11 100prozentige Kostenübernahme von Kin-
- 12 derwunschbehandlungen für Paare unab-
- 13 hängig vom Partnerschaftsmodell und der
- 14 sexuellen Orientierung vorsieht.

16 Begründung:

- 17 Bei Kinderwunschbehandlung sind lesbische
- 18 Paare, aufgrund der geltenden Gesetze, von
- 19 einer ausschließenden Diskriminierung be-
- 20 troffen. Deutsche Samenbanken sind für sie
- 21 nicht zugänglich, deshalb werden hier oft
- 22 lange Wege (Polen, Dänemark, Niederlande)
- 23 in Kauf genommen, um sich den gemeinsa-
- 24 men Kinderwunsch zu erfüllen. Lesbische
- 25 Paare mit geringem Einkommen, können
- 26 sich diese Wege möglicherweise nicht leis-
- 27 ten, insofern besteht hier auch die Gefahr,
- 28 dass vermeintlich Alternativen
- 29 erwogen werden, die medizinisch und recht-
- 30 lich nicht abgesichert sind.

31

- 32 Neben der aktuellen Diskussion um die end-
- 33 gültige Gleichstellung der Lebenspartner-
- 34 schaft mit der Ehe (Eheöffnung) und dem
- 35 damit verbundenen Adoptionsrecht für les-
- 36 bische und schwule Paare, ist das Thema
- 37 Diskriminierung von lesbischen Paaren mit
- 38 Kinderwunsch eines der großen Themen, die
- 39 die rechtliche Diskriminierung von
- 40 homo sexuellen Menschen in der Gesell-
- 41 schaft verdeutlichen. Insofern besteht hier
- 42 Handlungsbedarf.

43

44

45

Zeile 11: 100prozentige

Zeile 14:

hinter "Orientierung" einfügen

- wie bei heterosexuellen Paaren auch-

Empfehlung der Antragskommission: *Annahme*

1 Gemeinsame Positionierung mit

2 der ASF zum Thema Reprodukti-

3 onsmedizin

Schwusos Brandenburg
 Empfängerln(nen): Schwuso-Bundesvorstand
 Der Bundesvorstand der Schwusos wird dazu
 aufgefordert, beim Thema Reproduktions medizin/Kinderwunsch eine möglichst gemeinsame Position mit der Arbeitsgemein schaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) bis
 zur nächsten Bundeskonferenz der ASF und

14 der Schwusos zu erarbeiten, um eine breite-

15 re Basis für gemeinsame Forderungen inner-

16 halb der SPD zu erreichen.

17

18 Begründung:

Der rechtliche Rahmen hält der Entwicklung der Reproduktionsmedizin nicht Stand. Die Sichtweisen auf die Reproduktionsmedizin sind sehr unterschiedlich, weil die Frage "Soll alles gemacht und ermöglicht werden können, was machbar ist?" aus jeweils guten Gründen mit "ja" oder mit "nein" beantwortet werden kann. Die ASF beschäftigt sich seit vielen Jahren in unterschiedlicher Intensität mit den Chancen und den Risiken der Reproduktionsmedizin. Dies sollte aus Sicht der Schwusos Brandenburg auch die Schwusos insgesamt tun, da essentielle Fragen in Hinblick auf Schwusos-Themen mit betroffen sind.

34

Die Diskussion hat durch Entwicklungen wie 36 "social freezing", Präimplantations-37 diagnostik (PID), Finanzierung von In 38 VitroBefruchtung (IVB) oder die Frage nach 39 Rechtslücken bei der Embryonenspende an 40 Fahrt aufgenommen. Es ist jetzt an der Zeit,

- 1 bisherige Position angesichts der vielfältigen
- 2 Entwicklungen zu überprüfen bzw. zu be-
- 3 kräftigen. Dies setzt voraus, dass wir für
- 4 möglichst viele Frauen und Männer in der
- 5 SPD eine gute Diskussionsgrundlage ge-
- 6 schaffen wird.

- fordert 8 Deshalb die Bundeskonferenz
- 9 Schwusos alle Gliederungen der Schwusos
- 10 auf, sich aktiv an diesen Diskussionen ent-
- 11 weder über die ASF und/ oder über die
- 12 Schwusos mit folgenden Fragestellungen zu
- 13 befassen, so dass spätestens bei den nächs-
- 14 ten ASF und Schwusos-Bundeskonferenzen
- 15 eine informierte Debatte und Beschlussfas-
- 16 sung über die Reproduktionsmedizin statt-
- 17 finden kann.

18

- 19 Zu diskutierende Fragen:
- 20 1. Soll es überhaupt rechtsfreie Räume ge-
- 21 ben oder sollen alle Sachverhalte gesetzlich
- 22 geregelt werden und, wenn ja, in einem ei-
- 23 genen Gesetz zur Reproduktionsmedizin?

24

- 25 2. Reichen Richtlinien der Ärztekammern
- 26 bzw. des Gemeinsamen Bundesausschusses
- 27 von Krankenkassen, Ärzten und Ärztinnen
- 28 und Krankenhäusern aus, um einen wirksa-
- 29 men Schutz zu gewährleisten?

30

- 31 3. Welche Verfahren sollen grundsätzlich
- 32 erlaubt oder verboten werden?
- 33 4. Soll es für erlaubte Verfahren eine Finan-
- 34 zierung der Behandlung geben?

35

- 36 5. Wenn ja, für welche Zielgruppen sollen die
- 37 Kosten übernommen werden?

38

- 39 6. Wenn ja, aus Steuermitteln oder über -
- 40 nur bei Erfolg versprechenden GKV/PKVV
- 41 erfahren oder immer?

- 43 7. Soll die bisher ungeregelte Embryonen-
- 44 spende (von überzähligen Embryonen) ver-
- 45 boten oder erlaubt werden, und wenn ja un-

```
1 ter welchen Bedingungen? Wer muss
 2 zustimmen? Wer darf die Spende erhalten
 3 (verheiratete, unverheiratete, hetero oder
 4 homosexuelle Paare)?
 5
 6 8. Soll Leihmutterschaft erlaubt werden?
 7
 8 9. Sollen Verfahren zur Veränderung von
 9 menschlichen Keimbahnen erlaubt oder ver-
10 boten werden?
11
12 10. Sollen diagnostische Verfahren zur Fest-
13 stellung von genetischen Fehlbildungen er-
14 laubt oder verboten werden? Die Schwusos-
15 Bundeskonferenz fordert den Schwusos-
16 Bundesvorstand und Bundesausschuss auf,
17 rechtzeitig vor der nächsten Schwusos-
18 Bundeskonferenz ein Meinungsbild herzu-
19 stellen und der Bundeskonferenz einen An-
20 trag zur Diskussion vorzulegen.
21
22
23
24 Antrag (Resolution) Nr. 23
                                             Annahme
25 Eckpunkte für die Rechtspolitik
```

Empfehlung der Antragskommission:

26 zur Regenbogenfamilie

28 Schwuso Bundesvorstand

29

27

30 1. Die soziale Elternschaft hat Vorrang vor

- 31 der biologischen Abstammung. Das heißt,
- 32 als Eltern fungieren diejenigen Personen, die
- 33 bei Geburt des Kindes die Verantwortung für
- 34 dessen Aufwachsen und Gedeihen über-
- 35 nehmen.
- 36 Die Informationen zur physiologischen Mut-
- 37 ter- und Vaterschaft sind im Geburtenregis-
- 38 ter festzuhalten.
- 39 2. Die Eltern-Kind-Verbindung bleibt
- 40 grundsätzlich lebenslang unauflöslich. Das
- 41 heißt, sie kann weder gekündigt

1	noch aufgegeben werden.	
4 5 6 7 8 9 10 11	 3. Es wird von Rechts wegen vermutet: Ein in eine bestehende Ehe/eingetragene Lebenspartnerschaft hineingeborenes Kind hat die Lebenspartner_innen zu seinen Eltern. Wer hiernach als Elternteil vermutet wird, ohne dies physiologisch zu sein, kann vor der Eintragung mit Gründen widersprechen. 4. Eine dritte und vierte Person kann insbesondere aus Gründen sozialer Nähe einen Teil der Elternpflichten und -rechte mitübernehmen. 	
L7	5. Jegliche Diskriminierung nach geschlecht- licher und sexueller Identität der so be- stimmten Eltern wird ausgeschlossen.	
2	Organisationspolitik	
22	Organisationspontik	Empfehlung der Antragskommission:
	Antrag Nr. 24	Empfehlung der Antragskommission: Annahme
23 24		
223 224 225 226	Antrag Nr. 24 Kein Koalitionsvertrag ohne Öff-	
23 24 25	Antrag Nr. 24 Kein Koalitionsvertrag ohne Öffnung der Ehe	
223 224 225 226 227 228	Antrag Nr. 24 Kein Koalitionsvertrag ohne Öffnung der Ehe Schwusos Berlin	

- 1 Wir können es, auch im Hinblick auf die in-
- 2 ternationale Entwicklung, nicht mehr
- 3 akzeptieren, dass uns diese elementaren
- 4 Grundrechte aufgrund von Koaliti-
- 5 onsverhandlungen und
- 6 rückwärtsgewandten Ansichten eventueller
- 7 Koalitionspartner weiterhin vorenthalten
- 8 werden.
- 9 Die rechtliche Einschätzung hat sogar den
- 10 amerikanischen Supreme Court zur Öffnung
- 11 der Ehe als Grundsatzentscheidung zuguns-
- 12 ten allgemeiner Menschenrechte bewogen.
- 13 Vor diesem Hintergrund ist ein erneutes Ver-
- 14 sagen dieser Rechte für uns als Interessen-
- 15 vertretung nicht mehr akzeptabel und auch
- 16 einer Partei wie der unseren als emanzipato-
- 17 rische Kraft nicht mehr würdig.

19 **Antrag Nr. 25**

20 Kein Koalitionsvertrag ohne die21 Öffnung der Ehe

22 Schwusos Rheinland-Pfalz

23

- 24 Bei einem möglichen Koalitionsvertrag nach
- 25 der Bundestagswahl 2017 wird die SPD
- 26 Rheinland-Pfalz die Bundespartei auffordern
- 27 keinen Koalitionsvertrag ohne die Öffnung
- der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ein-
- 29 schließlich des Adoptionsrechts zu beschlie-
- 30 **ßen**

31

32 Begründung:

33

- 34 Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtli-
- 35 che Paare ist der einzige Weg rechtliche
- 36 Gleichstellung für Lesben und Schwule zu
- 37 erreichen. Die Landesregierung von RLP hat
- 38 in den Jahren 2015 und 2016 erfolgreich ei-
- 39 nen Antrag zur Öffnung der Ehe über die
- 40 Ergänzung der Formulierung im BGB in den

41

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung der Antragskommission:

Bei einem möglichen Koalitionsvertrag nach der Bundestagswahl 2017 werden die Schwusos wird die SPD Rheinland-Pfalz die Bundespartei auffordern keinen Koalitionsvertrag ohne die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einschließlich des Adoptionsrechts zu beschließen.

- 1 Bundesrat eingebracht, der mehrheitlich
- 2 beschlossen wurde.
- 3 Die Schwusos RLP bestehen auf der Umset-
- 4 zung dieser Forderung in der nächsten Legis-
- 5 laturperiode des deutschen Bundestages.
- 6 Eine mögliche Regierungsbeteiligung der
- 7 SPD soll nicht zustande kommen, sollte der
- 8 mögliche Koalitionspartner sich diese Forde-
- 9 rung nicht zu eigen machen. Demokratische
- 10 Beteiligung und gleiche Rechte für alle sind
- 11 die Grundlage demokratisch verfasster
- 12 Rechtsstaaten. Ehe und Familie sind auch
- 13 durch die Allgemeine Erklärung der Men-
- 14 schenrechte geschützt und sind als solche
- 15 nicht verhandelbar!

17 18

19 Antrag Nr. 26

- 20 Keine halben Sachen mehr 100%
- 21 Gleichstellung jetzt Wahlver-
- 22 spreche einhalten!
- 23 Schwusos Brandenburg

24

25 EmpfängerIn(nen): SPD-Bundestagsfraktion

26

- 27 Die AG Schwusos fordert die SPD-
- 28 Bundestagsfraktion auf, den Gesetzentwurf
- 29 zur Einführung des Rechts auf Eheschlie-
- 30 ßung für Personen gleichen Geschlechts des
- 31 Bundes-
- 32 rats vom 25.09.2015 (Drucksache Bundesrat
- 33 27315) in dieser Legislaturperiode erneut in
- 34 den Bundestag zur Abstimmung einzubrin-
- 35 gen und für diesen Antrag zu votieren.

36

37 Begründung:

38

39

40

41

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung der Antragskommission:

Änderung der Überschrift in: Keine halben Sachen – Gleichstellung jetzt

- 1 Gleichgeschlechtlichen Paaren ist bis heute 2 die Ehe verwehrt, was eine konkrete und 3 symbolische Diskriminierung von Menschen 4 aufgrund ihrer sexuellen Identität darstellt. 5 Der Bundesrat hat hierzu am 25.09.2015 6 einen Gesetzentwurf (Drucksache Bundesrat 7 27315)beraten und beschlossen und diesen 8 an den Bundestag weiterverwiesen, mit dem 9 Ziel diese Diskriminierungen endgültig zu 10 beenden. Der Antrag wurde auf Grund der 11 "Koalitionsdisziplin" und trotz gegenteiliger
- 14
- 15 Angesichts des gesellschaftlichen Wandels 16 und der damit verbundenen Änderung des

12 SPD-Wahlversprechen, auch durch die SPD-

13 Bundestagsfraktion, abgelehnt.

- 17 Eheverständnisses gibt es allerdings keine
- 18 haltbaren Gründe homo und heterosexuelle
- 19 Paare unterschiedlich zu behandeln und am
- 20 Ehehindernis der Gleichgeschlechtlichkeit
- 21 festzuhalten. Darüber hinaus sind gleichge-
- 22 schlechtliche Paare trotz Einführung des In-
- 23 stituts der Eingetragenen Lebenspartner-
- 24 schaft im Jahre 2001 in einer Reihe von
- 25 Rechtsbereichen noch immer gegenüber der
- 26 Ehe benachteiligt. Dies betrifft in erster Linie
- 27 das Adoptionsrecht.

28 29

30 **Antrag Nr. 27**

31 Stiftung eines Preises für beson-

- 32 dere Verdienste
- 33 Schwusos Nordrhein-Westfalen

34

35 EmpfängerIn(nen): Schwusos Bundesvorstand

36

- 37 Der Bundesvorstand wird beauftragt, einen
- 38 Preis ins Leben zu rufen, der innerhalb der
- 39 SPD besondere Verdienste für LSBTIQ wür-
- 40 digt. Die Auszeichnung soll die Sichtbarkeit
- 41 von Anliegen der LSBTIQ erhöhen.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Benannt werden soll der Preis nach
Möglichkeit nach jeweils einer Genossin und
einem Genossen, die durch ihr Engagement
und ihr Wirken Vorbilder sind und aufzeigen,
dass ein offenes und vielfältiges Weltbild
den Grundwerten der SPD entspricht.

7

8 Begründung:

- 9 Oft werden Aufgaben und Wirken der AG
- 10 Lesben und Schwule innerhalb der SPD nicht
- 11 angemessen wahrgenommen. Die Belange
- 12 von LSBTIQ werden oft als weniger wichtig
- 13 abgetan. Dabei ist der Einsatz für eine offene
- 14 Gesellschaft der Vielfalt nicht nur ein Anlie-
- 15 gen, dass LSBTIQ zu Gute kommt. Auch Bür-
- 16 gerinnen und Bürger der heterosexuellen
- 17 Mehrheitsgesellschaft werden durch über-
- 18 holte Gesellschaftsmodelle in ihrer Individu-
- 19 alität eingeschränkt. Durch die Stiftung ei-
- 20 nes Preises kann nicht nur Engagement ge-
- 21 fördert, sondern auch innerhalb der SPD auf
- 22 die Anliegen der AG Lesben und Schwule
- 23 aufmerksam gemacht werden

24

25 **Antrag Nr. 28**

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

26 Würdigung der historischen

27 Arbeit der Schwusos

28 Schwusos Berlin

29

- 30 Die Sozialdemokratische Partei
- 31 Deutschlands wird gebeten, ein Projekt zur
- 32 historischen Bedeutung und Würdigung der
- 33 Leistungen der Schwusos aufzusetzen.
- 34 Hiermit soll die historische Kommission der
- 35 SPD in Zusammenarbeit mit dem
- 36 Bundesvorstand der Schwusos befasst
- 37 werden. Auch das Verhältnis und der
- 38 Umgang der Partei mit queer-politischen
- 39 Themen in der Vergangenheit insgesamt soll
- 40 Gegenstand der Betrachtung sein.

41

1 Als Arbeitsgrundlagen sollen unter anderem

2 herangezogen werden:

3

- 4 die in den Archiven der SPD und der FES
- 5 vorhandenen Materialien
- 6 die bei den Berliner QueerSozis/Schwusos
- 7 vorhandene Arbeitsmaterialien
- 8 die Materialien der von den Schwusos NRW
- 9 organisierten Wanderausstellung zum § 175
- 10 StGB
- 11 relevante Dissertationen und
- 12 Diplomarbeiten (z. B. Wilfried Eissler
- 13 [Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage])

14

- 15 Im Zuge des Projekts soll darauf hingewirkt
- 16 werden, dass der zur AG Lesben und Schwule
- 17 in der SPD vorhandene, veraltete und
- 18 teilweise fehlerhafte Wikipedia-Eintrag
- 19 aktualisiert wird.

20

- 21 Begründung:
- 22 Im Rahmen der intensiv und emotional
- 23 geführten Diskussion um die
- 24 Namensgebung der Arbeitsgemeinschaft ist
- 25 der Wunsch aufgekommen, die historische
- 26 Bedeutung der Gründung und der Arbeit der
- 27 Schwusos seit 1978 zu würdigen. Gerade
- 28 eine im Lichte der sozialen Inklusion
- 29 notwendige Veränderung des Namens ist
- 30 Anlass, dieses Projekt jetzt durchzuführen.

31 32

33

34

35

36

37

38

39 40

41

42

43

44

2

3 Rahmenbedingungen CSD-

4 Beteiligungen verbessern und

5 gleichstellen

6 Schwusos Brandenburg

7 8

EmpfängerIn(nen): Schwuso-Bundesvorstand

9

Der Bundesvorstand der AG Schwusos ist dazu aufgefordert, die Rahmenbedingungen für CSD-Beteiligungen sowie für die weitere Öffentlichkeitsarbeit der Landesverbände der AG Schwusos erheblich zu verbessern und dafür zu sorgen, dass auch auf kleinen CSDs eine gute Basis und bedarfsgerechte Unterstützung zur Darstellung der Arbeit der Schwusos gegeben ist diese zwischen "Metropolen-CSD" und "kleinstädtischen CSD" gleichzustellen.

21

22 Begründung:

23 Die Landesverbände der AG Schwusos wer-24 den durch die bisherigen Rahmen und Ein-25 kaufsbedingungen für 26 Informationsmaterialien nicht gleichbehan-27 delt. Damit werden insbesondere "kleinstäd-28 tische" CSD-Beteiligungen durch AG Schwu-29 sos-Landesverbände erheblich und unnöti-30 gerweise erschwert. Dies betrifft hauptsäch-31 lich die Behandlung bei der Vergabe von 32 Kontingenten von Schwusos-Werbemitteln, 33 wie Werbebanner und die Einkaufsbedin-34 gungen für Merchandising (z.B. Gummibär-35 chen, Aufkleber, Kondome etc.) Die Großab-36 nahmepreise für diese Werbeartikel gelten 37 bisher nur im Zusammenhang, mit dem Ein-38 satz des Schwusos-CSD-Truck.

39

40 Für Schwusos-Landesverbände, die sich an
41 kleinstädtischen CSD's, beteiligen, die keine
42 Parade organisieren, gelten Einkaufsbedin

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung der Antragskommission

Der Bundesvorstand der AG Schwusos ist dazu aufgefordert, die Rahmenbedingungen für CSD-Beteiligungen sowie für die weitere Öffentlichkeitsarbeit der Landesverbände der AG Schwusos erheblich zu verbessern und dafür zu sorgen, dass auch auf kleinen CSDs eine gute Basis und bedarfsgerechte Unterstützung zur Darstellung der Arbeit der Schwusos gegeben ist diese zwischen "Metropolen-CSD" und "kleinstädtischen CSD" gleichzustellen.

1	gungen, wie in einem TouristikShop, obwoh
2	die Arbeit der Schwusos-Landesverbände die

3 gleiche Zielrichtung hat.

4

- 5 Deshalb wird der sich neu konstituierende
- 6 Schwusos-Bundesvorstand in seiner ersten
- 7 Sitzung aufgefordert wird für ein erschwing-
- 8 liches Maßnahmenpaket für CSD-
- 9 Beteiligungen aller Schwusos-
- 10 Landesverbände in der Zukunft zu sorgen,
- 11 welches unabhängig vom Schwusos-CSD-
- 12 Truck ist und die Beteiligungen der Schwuso-
- 13 Landesverbände an kleinstädtischen CSD's
- 14 gleichermaßen unterstützt.

15

16 17

18 Antrag Nr. 30

19 Überarbeitung des Materials für

20 die Öffentlichkeitsarbeit der

21 Schwusos

22 Schwusos Rheinland-Pfalz

23

- 24 Das Material für die Öffentlichkeitsarbeit der
- 25 Schwusos wird überarbeitet im Hinblick auf
- 26 eine stärker inhaltlich argumentativ ausge-
- 27 richtete Öffentlichkeitsarbeit.

28

35

- 29 Dazu sollen in der Kartenreihe "Auf den
- 30 Punkt gebracht" Argumentationskarten er-
- 31 stellt werden, die die wesentlichen "Vorbe-
- 32 halte" und "Gegenargumente", die gegen
- 33 gleiche Rechte für LSBTI und die Akzeptanz
- 34 von LSBTI vorgebracht werden, widerlegen.

36 Begründung:

- 37 In letzter Zeit wird von konservativ journa-
- 38 listischer Seite und aus konservativ-rechten
- 39 Parteien wiederholt gegen gleiche Rechte

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung der Antragskommission

Das Material für die Öffentlichkeitsarbeit der Schwusos wird vom Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden/Bezirken überarbeitet im Hinblick auf eine stärker inhaltlich - argumentativ ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit.

Dazu sollen in der Kartenreihe "Auf den Punkt gebracht" Argumentationskarten erstellt werden, die die wesentlichen "Vorbehalte" und "Gegenargumente", die gegen gleiche Rechte für LSBTI und die Akzeptanz von LSBTI vorgebracht werden, widerlegen.

1 und gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTI 2 "argumentiert". 3 4 Die Art des Auftritts unterscheidet sich dabei 5 von früheren "Vorbehalten" oder "Gegner-6 schaften" durch den "pseudo- wissenschaft-7 lichen" und "argumentativen" Stil. 8 Damit gelingt es auch bis in die gesellschaft-9 liche Mitte hinein Vorbehalte scheinbar "ob-10 jektiv" zu untermauern. 11 12 Das Material für die Öffentlichkeitsarbeit der 13 Schwusos ist sehr "sloganhaft" ausgerichtet, 14 indem zentrale Forderungen benannt, aber 15 nicht begründet werden. 16 17 Jeder der benannten Forderungen ist richtig, 18 aber es fehlt Material, das sog. "Argumente" 19 und "Vorbehalte" gegen unsere Forderungen 20 entkräftet. 21 22 Die Argumentationskarten in der Reihe "Auf 23 den Punkt gebracht" haben das in hervorra-24 gender Weise getan. 25 26 Daran sollten sich die Argumentationskarten 27 im Themenfeld LSBTI orientieren. 28 Die Schwusos RLP erklären sich bereit an der 29 Erstellung mitzuarbeiten. 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44

2 Neugestaltung der Beitrittsfor-

3 mulare

4 Schwusos Hessen-Süd

5

6 EmpfängerIn(nen): SPD-Parteivorstand

7

- 8 Der Parteivorstand wird aufgefordert, die
- 9 Beitrittserklärungen neu zu gestalten. Diese
- 10 sollen um Felder erweitert werden, die eine
- 11 Verschlüsselung zu den Arbeitsgemeinschaf-
- 12 ten bereits bei Beitritt ermöglichen. Weiter
- 13 soll geprüft werden, ob und wie eine selbst-
- 14 ständige Onlineverschlüsselung durch das
- 15 Mitglied ermöglicht werden kann. Sofern
- 16 möglich, ist diese einzuführen.

17

- 18 Begründung:
- 19 Neben den Arbeitsgemeinschaften die auf-
- 20 grund einer Eigenschaft wie Alter oder Ge-
- 21 schlecht zugeordnet und verschlüsselt wer-
- 22 den können, fällt es den übrigen Arbeitsge-
- 23 meinschaften schwer Nachwuchs und inte-
- 24 ressierte Genossinnen und Genossen zu fin-
- 25 den. Um dies zu vereinfachen, soll bereits
- 26 auf der Beitrittserklärung die Möglichkeit
- 27 bestehen, sich für die Arbeitsgemeinschaf-
- 28 ten verschlüsseln zu lassen, deren themati-
- 29 sche Arbeit für die oder den Betreffenden
- 30 interessant erscheint.

31

- 32 Durch die Angabe von Name, Geburtsdatum
- 33 und E-Mailadresse sollte es möglich sein, ein
- 34 Onlineverschlüsselungstool auf den Home-
- 35 pages der Parteigliederungen einzurichten.
- 36 Dies würde ebenfalls die Werbung neuer AG-
- 37 Mitglieder vereinfachen und die zuständigen
- 38 MAVIS-Stellen erheblich entlasten.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

39

2 Ehrenvorsitz Ansgar Dittmar

	_	Empfehlung der Antragskommission:
3 4 5 6 7 8 9 10	Schwusos Hessen-Süd schlagen Ansgar Die Schwusos Hessen-Süd schlagen Ansgar Dittmar als Ehrenvorsitzenden für den Bun- desvorstand vor.	Ohne Votum
11	Antrag Nr. 33	
	Bundeskonferenz 2018 in Nordrhein-Westfalen	Empfehlung der Antragskommission:
14 15	Schwusos Nordrhein-Westfalen	Ohne Votum
	Die Bundeskonferenz 2018 soll in Nordrhein- Westfalen stattfinden.	
19 20 21 22 23 24 25	Im Frühjahr 2019 findet die neunte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Nordrhein-Westfalen grenzt an den Niederlanden und Belgien. Mit Martin Schulz stellt die SPD den Präsident des Europäischen Parlamentes, der sein Wahlkreis und Geburtsort in NRW hat. Mit zu berücksichtigen ist, dass die AG Lesben und Schwule in der SPD im Jahr 2018 ihr 40 jähriges Bestehen feiert und NRW neben Berlin als eins der Gründungsländer gilt. Wir empfehlen für die Bundeskonferenz die Stadt Aachen als Austragungsort. Aachen liegt im Dreiländerecken und ist die Heimat Martin Schulz. Es gibt keine andere Stadt in NRW, die den Europäischen Gedanken so gut präsentiert, wie die alte Kaiserstadt Aachen.	

Empfehlung der Antragskommission:

2 Schwuso-Bundeskonferenz im

Ohne Votum

Saarland

4 Schwusos Saar

- 6 Die Schwusos Saar bewerben sich um den
- 7 Austragungsort für die Schwuso-Bundes-
- 8 konferenz im Jahr 2018. Die Schwuso-BuKo
- $9 \hspace{0.1in} \textbf{soll im Saarland stattfinden, vorzugsweise in} \\$
- 10 der Hauptstadt Saarbrücken.